

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en



Feiern im Mai 2016

2016 feierten die Antifaschistinnen und Antifaschisten 71 Jahre Kriegsende und Befreiung vom Nationalsozialismus. Genosse Gerald Netzl lässt die Feierlichkeit für unsere Leserinnen und Leser Revue passieren.

Am 8. Mai, einen Tag vor seinem plötzlichen politischen Rückzug, lud Bundeskanzler Werner Faymann gemeinsam mit Vizekanzler Reinhold Mitterlehner 100 Gäste zum „Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus und an die Beendigung des Zweiten Weltkriegs in Europa“ vor 71 Jahren. Genosse Faymann sagte „Gedenken heißt, die Dinge beim Namen nennen“. Er dankte zum wiederholten Male allen ZeitzeugInnen für ihren unermüdlichen Einsatz, besonders Festredner Rudolf Gelbard. Reinhold Mitterlehner analysierte, was seit dem 70jährigen Jubiläum im Vorjahr an Erinnerungsarbeit geschehen ist und leitet eine moralische Pflicht der Erinnerung ab.

Genosse Rudi Gelbard, Überlebender des Konzentrationslagers Theresienstadt, hielt das Festreferat. Dieses Referat sollte für die Zuhörerschaft zu einer ebenso kompakten wie fesselnden Geschichtsvorlesung werden. Während Rudi Gelbards Rede hätte man die sprichwörtliche Stecknadel fallen hören können. Diese Rede soll einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und als Unterrichtsmaterial zur Verfügung stehen, weshalb Bundesvorsitzender Johannes Schwantner den Abdruck der Rede in dieser Ausgabe des „Sozialdemokratischen Kämpfers“ anregte.

Am Abend des 8. Mai feierten rund 10.000 Menschen mit dem Mauthausen Komitee Ös-

terreich und den Wiener Symphonikern am Heldenplatz das „Fest der Freude“, das zum bereits vierten Mal stattfand. Die Wiener Symphoniker unter der Leitung von Christoph von Dohnányi, mit Bariton Thomas Hampson und mit den Herren des Wiener Singvereins, brachten „A Survivor from Warsaw“ von Arnold Schönberg und Ludwig van Beethovens Symphonie Nr. 3 „Eroica“. Als Zeitzeuge sprach der aus Israel angereiste KZ-Überlebende Da-

ment beging diesen Gedenktag heuer am 9. Mai. Nationalratspräsidentin Doris Bures und Bundesratspräsident Josef Salner begrüßten die zahlreichen Gäste, darunter erfreulich viele FunktionärInnen unseres Bundes. Das anschließende Gespräch zum Thema führten Danielle Spera, Direktorin des Jüdischen Museums Wien, und Marko Feingold, Präsident der IKG Salzburg.

Höhepunkt und Abschluss der Feierlichkeiten bildete die Befreiungsfeier in der Gedenkstätte Mauthausen am Pfingstsonntag mit etwa 6.000 TeilnehmerInnen. Sie stand

kleines „Opfer“, das man gerne bringt! Besonders herzlich war die Begrüßung und gleichzeitig Verabschiedung von Heinz und Margit Fischer, die im Rahmen von Fischers Bundespräsidentschaft letztmalig an der Feier teilnahmen. Die getragene ablaufende Befreiungsfeier dauerte wiederum zwei Stunden. Sie sollte mit dem gemeinsamen Auszug aller TeilnehmerInnen durch das Lagertor enden, was nicht ganz gelang, weil der Großteil der internationalen TeilnehmerInnen nicht bis zum Ende der Feier blieb.

Erstmals nach, nicht vor der großen internationalen Feier fand die sozialdemokratische Feier mit rund 80 TeilnehmerInnen bei der Gedenktafel für Richard Bernaschek statt. Erwähnt sei die starke Abordnung aus Salzburg (40 TeilnehmerInnen!) mit dem neuen Landesvorsitzenden Matteo Gebhart. Unser Hauptredner war Sozialminister Genosse Alois Stöger. Genosse Stöger bedankte sich für die Einladung und betonte, dass es eine große Ehre für ihn wäre hier sprechen zu dürfen. Er würdigte das Verhalten von Richard Bernaschek im Februar 1934 und unmittelbar danach, als er Verlockungen der Nationalsozialisten widerstand. Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 wurde Bernaschek von der Gestapo verhaftet, Anfang März 1945 nach Mauthausen gebracht und am 18. April 1945 dort von einem SS-Mann erschossen. Genosse Stöger ging in seiner Rede auf die Bedeutung einer aktiven Sozialpolitik im Kampf gegen Rechts ein. Es ist unsere hohe Pflicht und Aufgabe, an den Widerstand und an die Opfer der Verfolgung zu erinnern. Unsere Feier endete mit dem Singen der Internationale. ■



Am Denkmal für Richard Bernaschek und die inhaftierten und ermordeten SozialdemokratInnen im KZ Mauthausen hielt BM Alois Stöger die Gedenkrede

niel Chanoch, den mit anderen Überlebenden eine bewegende Geschichte von Solidarität verbindet.

Der 5. Mai ist in Österreich ein nationaler Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus und erinnert an die Opfer des Nationalsozialismus. Das Parla-

ment heuer unter dem Motto „Internationale Solidarität“. 2016 wurde der Ablauf der Befreiungsfeier neu gestaltet, bereits um 10.00 Uhr wurde gestartet. Das hieß für viele der aus anderen Bundesländern anreisenden TeilnehmerInnen noch früher aufstehen als in der Vergangenheit – ein vergleichsweise



Wien ehrte aktiven Antifaschisten Prof. Johannes Schwantner

Eine Wiener Persönlichkeit, die sich der intensiven Erinnerungsarbeit und dem Kampf gegen Rassismus verschrieben hat, ist im Wiener Rathaus ausgezeichnet worden: Regierungsrat Prof. Johannes Schwantner erhielt das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien.

„Johannes Schwantner ist ein wichtiger Mahner“, betonte der Stadtrat Michael Ludwig, den eine langjährige Freundschaft mit dem Ausgezeichneten verbindet. „Nicht zuletzt aufgrund beunruhigender aktueller Entwicklungen sind Deine Aktivitäten von unschätzbarem Wert. Danke, Hannes“, sprach Ludwig den laut Verfassungsschutzbericht 2015 starken Anstieg von Taten mit rechtsextremistischem, rassistischem oder antisemitischem Hintergrund an.

Johannes Schwantner wurde am 7. Februar 1948 in Wien geboren. Nach seiner Ausbildung war er ab 1976 Lehrer an der Berufsschule für Gastgewerbe, von 1999 bis 2012 ebendort Direktor. Er engagierte sich schon früh in politischer Bildung, etwa in der Er-

wachsenenbildung für Kellner, in der Wiener Gewerkschaftsschule, auch im Pädagogischen Institut. Seine Hauptinteressen galten und gelten der Geschichte der Arbeiterbewegung, dem Faschismus, Nationalsozialismus und dem antifaschistischen Widerstand. Mehrfache Studienaufenthalte führten ihn nach Yad Vashem, Groß Rosen, Majdanek, Stutthof und Auschwitz.

Seit 1991 organisiert er jährliche Jugendseminare in Ausschwitz, Treblinka und Majdanek mit jeweils 30 bis 40 Personen pro Fahrt. Seit 1994 ist er auch Geschäftsführer des Vereines „Niemand Vergessen“. Dieser bietet die Möglichkeit, an Holocaust-Gedenkstätten in Deutschland und Polen Zivildienst zu leisten. Schwantner ist Vortragender und



Prof. Johannes Schwantner mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes Wien, das von Stadtrat Michael Ludwig überreicht wurde

Veranstaltungsleiter an der Pädagogischen Hochschule Wien und organisiert für das Mauthausen Komitee Gedenken in Außenlagern Simmering und Floridsdorf.

Des Weiteren ist er seit 1998 Leiter des „Hermann Langbein Symposiums“ für LehrerInnen, in dessen Zentrum sensibilisierende Referate und Diskussionen zum Nationalsozialismus mit aktuellen Bezügen stehen. Außerdem ist Johannes Schwantner seit 2013 Initiator und Betreuer der Inter-

nationalen Sommerakademie in deutscher Sprache an der Gedenkstätte Auschwitz – Birkenau.

Ab 2009 war Schwantner Vorsitzender des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en für Wien, seit 2013 ist er Bundesvorsitzender – in Nachfolge von Ernst Nedwed. Die Redaktion gratuliert unserem Bundesvorsitzenden herzlich zu dieser mehr als verdienten Würdigung! ■

Wir gratulieren: April bis Juni 2016

103. Geburtstag: Feingold Marko, Salzburg; Sauer Hedwig, Wien; **98. Geburtstag:** Bassani Anna, Bad Aussee; **96. Geburtstag:** Bock Susanne, Wien; **95. Geburtstag:** Glanzer Elise, Klagenfurt; Kriz Georg, Krems/Donau; Fixel Hella, Wien; **94. Geburtstag:** Putz Erna, Salzburg; Nossian Ilse, Zwettl; **93. Geburtstag:** Silhavy Anton, Bad Vöslau; Wessely Gertrude, Eisenstadt; Busta Adalbert, Seda Erika, Taussig Henriette, Wien; **92. Geburtstag:** Focke Franz, Hilbert Anna, Wien; **91. Geburtstag:** Kaller Johann, Gerasdorf bei Wien; Terp Wilhelmine, Wien; **90. Geburtstag:** Zellner Leopold, Korneuburg; Prammer Anna, Linz; Mader Gerald, Mattersburg; Fischböck Editha, Mödling; Grasel Alfred, Groll Grete, Roscher Roman, Siczowsky Anna, Wien; **85. Geburtstag:** Langfellner Ingeborg, Linz; Rixinger Johann, St. Pölten; Strobl Alfred, Wosyka Alfred, Zahel Leo, Wien; **80. Geburtstag:** Lentner Gerwald, Lienz; Fasching Helga, Hartenthaler Wilhelm, Höfinger Paul, Kollar Franz, Semlitsch Ignaz, Wien; **75. Geburtstag:** Haberditzl Gerd, Axams; Rigby Günter, Baden; Hums Erich, Breitenfurt; Nöhner Erich, Forchtenstein; Sommerer Friedrich, Hennersdorf; Pfaffenbichler Hans, Lanzendorf; Eichhaber Hanns, Parschlug; Umek Helmut, Perchtoldsdorf; Höfert Brigitte, Reschen Josef, Salzburg; Hochmair Fritz, Wels; Bock Gerhard, Brunngraber Hermine, Feitsinger Günter, Fitzbauer Karl, Kitzweger Adolf, Koch Heinrich, Pawlek Elisabeth, Pencik Raimund, Redl Gerda, Sager Emma, Sagmeister Rudolf, Sagmeister Edith, Smejkal Ingrid, Steczowicz Ingeborg, Wallner Annemaria, Zenk Ingeborg, Wien; Orban Helmuth, Wiener Neustadt.

Anzenberger neuer steirischer Vorsitzender

Der steirische Landesverband der Freiheitskämpfer/innen hat Genossen Werner Anzenberger zum neuen Vorsitzenden gewählt. Der 1962 geborene Jurist und Historiker folgte in dieser Funktion auf Genossen Prof. Mag. Albert Kaufmann. MMag. DDr. Werner Anzenberger, Jurist und Historiker, ist Bereichsleiter für Soziales und Außenstellen der Arbeiterkammer Steiermark. Er ist Autor und Herausgeber zahlreicher rechts-, geschichts- und politikwissenschaftlicher Publikationen, unter anderem von „Die Eisenstraße 1938 - 1945. NS-Terror – Widerstand – Neues Erinnern“ (gemeinsam mit Christian Ehetreiber und Heimo Halbrainer) sowie

„Unrecht im Sinne des Rechtsstaates. Die Steiermark im Austrofascismus“ (gemeinsam mit Heimo Halbrainer). Historische Forschungsschwerpunkte Anzenbergers sind der Austrofascismus und der Nationalsozialismus. Die Redaktion gratuliert herzlich und wünscht dem neuen Team alles Gute für zukünftige Arbeit! ■



V.l.n.r.: Werner Anzenberger, der scheidende Vorsitzende Albert Kaufmann sowie der stellvertretende Vorsitzende Hardy Macher

Gebhart folgt auf Neunherz

Die Salzburger Freiheitskämpfer/innen haben bei ihrer Landeskonferenz am 16. April Matteo Gebhart zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Der 29-jährige Vorsitzende der Sektion Schallmoos verdeutlichte bereits in seiner Antrittsrede die Aktualität und Wichtigkeit antifaschistischer Arbeit: „Niemals vergessen!“ Dieser Satz ist gerade in Tagen wie diesen, in denen Demokratie und Rechtsstaat von allen Seiten ausgehöhlt werden, umso wichtiger.“ Gebhart ist davon überzeugt, dass jede Generation erneut die Verantwortung hat, den Kampf gegen Rechts weiterzutragen: „Neben Gedenkfeiern und Exkursionen ist mir daher besonders wichtig, jungen Menschen bewusst zu machen, dass Friede nur in einer bekennend antifaschistischen Gesellschaft möglich ist.“ Der bisherige Freiheits-

kämpfer/innen-Vorsitzende Alexander Neunherz wurde zum politischen Sekretär der SPÖ Salzburg bestellt und wird sich künftig – neben seiner Funktion als Landesstellenleiter des Renner Instituts – mit vollem Einsatz dieser Aufgabe widmen. Die Redaktion bedankt sich bei Genossen Neunherz für die hervorragende Zusammenarbeit und gratuliert Genossen Gebhart herzlich zur Wahl! ■



Der frisch gewählte Vorsitzende der Salzburger Freiheitskämpfer/innen Matteo Gebhart

Stein der Erinnerung für Josef Hindels

Am 6. Juni ist auf Einladung der Freiheitskämpfer/innen Wien ein Stein der Erinnerung für Josef Hindels und für seine Eltern Sofie und Edmund Hindels in der Spaungasse 19 im 20. Wiener Gemeindebezirk eingeweiht worden.



Gerald Netzl, Ernst Woller, Michael Ludwig, Kurt Cizek, Johannes Schwantner und Wolfgang Katzian beim Singen der „Internationale“

Josef Hindels, der heuer 100 Jahre alt geworden wäre, war ein bedeutender österreichischer links-sozialistischer, in seiner Jugend trotzkistischer Widerstandskämpfer, Gewerkschafter und Antifaschist. Lange Zeit war

er Zentralsekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten und auch im Verlag des ÖGB sowie als freier Publizist tätig. Zudem war er auch stellvertretender Vorsitzender des Bundes sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen. Ein unbeugsamer Mahner und mitunter auch scharfer innerparteilicher Kritiker der SPÖ.

Gerald Netzl, Vorsitzender des Wiener Landesverbandes der Freiheitskämpfer/innen sprach einleitende Worte zu den Deportationen von Jüdinnen und Juden aus Wien nach Riga. Mit diesem Stein werde auch den Eltern von Josef Hindels und damit zwei von 65.000 österreichischen Jüdinnen und Ju-

den, die von den Nazis ermordet wurden, erinnert und gedacht. Als Fest- und Ehrengäste begrüßte Netzl unter anderem Rudolf Edlinger, BM a. D. und Vorsitzender des DÖW-Stiftungsrates; Wolfgang Katzian, Vorsitzender der FSG und der GPA-djp und Ernst Woller, Vorsitzender der Wiener SPÖ Bildungs-Organisation.

Festredner der Veranstaltung war Stadtrat Michael Ludwig. Zunächst blickte Ludwig auf seine Begegnungen mit Josef Hindels zurück, wo es auch darum ging, die Jugend für den antifaschistischen Kampf zu begeistern. Nachdem Ludwig einige biografische Stationen Hindels gestreift hatte, erinnerte er an die Person Hindels. Er war jemand der die „Macht des Wortes“ einzusetzen verstand, mitunter polarisierte, manchen in der Partei zu kritisch

war, aber immer authentisch blieb. Ein mit intellektueller Brillanz und rhetorischem Können ausgestatteter Charakter. Seine Reden auf vielen SPÖ-Parteitagen sind den Delegierten von damals noch in guter Erinnerung. So beschlossen Ernst Nedwed, Ernst Woller und Michael Ludwig, dass das Vermächtnis Josef Hindels nach seinem Tod 1990 in der SPÖ nicht verloren gehen darf. Seit 1993 findet das alljährliche Josef-Hindels-Symposium statt, in dem historische und aktuelle Themenbereiche im Sinne Hindels behandelt werden.

Die Einweihung zählte mit 60 TeilnehmerInnen einen regen Besuch, ein Zeichen, dass „niemals vergessen!“ auch für verdiente FunktionärInnen der Freiheitskämpfer/innen gilt. Der Festakt endete mit dem Singen der „Internationale“. ■



Neutorgasse 15: Gedenken an NS-Opfer

Nachforschungen des Nationalfonds unter Mithilfe des Archivs der IKG und anderer Archive zeigen die Einrichtung so genannter Sammelwohnungen in der Neutorgasse 15 zwischen 1939 und 1943. Nun erinnert eine Gedenktafel daran.



Bohmann / PID

V.l.n.r. Christine Spiess, Hannah Lessing, Michael Ludwig und Oskar Deutsch bei der gut besuchten Einweihung der Gedenktafel

Von damals 39 gemeldeten Menschen, die nach den „Nürnberger Rassengesetzen“ als jüdisch galten, wurden 27 zwischen Oktober 1941 und Oktober 1942 direkt in Ghettos und Konzentrationslager deportiert. Weitere fünf Personen wurden in andere Sammelwohnungen oder jüdische Altersheime delogiert und zu einem späteren Zeitpunkt in verschiedenen Konzentrationslagern ermordet. Sechs Menschen starben noch in Wien. Nur eine einzige Bewohnerin überlebte den Holocaust.

Bis 2011 rankten sich viele Gerüchte um die Geschichte der BewohnerInnen. Den Impuls für die Recherchen gab Christine Spiess, Projektleiterin der Stadt Wien für die Seestadt Aspern. Ein Dialog mit einem Historiker führte zu ersten konkreten Recherchen, die auf der Website lettertothestars.at veröffentlicht wurden. Sie bildeten den Ausgangspunkt für die weitere historische Aufarbeitung mit dem Resultat eines umfassenden Dossiers.

Unter Anwesenheit von Vertreterinnen und Vertretern der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) Wien und der israelischen Botschaft, des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus wurde Anfang Mai 2016 im gegenwärtig von der Stadt verwalteten Haus eine Tafel zum Gedenken an Opfer des Nationalsozialismus feierlich enthüllt. Unterstützung für die Feierlichkeit erfolgte durch younion.at Die Daseinsgewerkschaft, deren Vorsitzender Christian Meidlinger ebenfalls anwesend war.

„Halten wir alle die Erinnerung an diese grausame Zeit wach!“, betonte Wiens Wohnbaustadtrat Michael Ludwig bei der Enthüllung. Er hob in diesem Zusammenhang die aktive Bildungsarbeit der Stadt Wien hervor. Auch sei es gelungen, den 8. Mai, einen Freudentag, in der öffentlichen und medialen Wahrnehmung den trauernden Ewiggestrigen wieder zu entreißen. Gleichzeitig warnte der Stadtrat vor weiterhin aktiven rechtsradikalen Gruppen, die fremdenfeindlichen Hass verbreiten. Hannah Lessing vom Nationalfonds unterstrich dies in ihrem Redebeitrag. ■

Die Neutorgasse 15 gestern und heute

Das Gebäude wurde 1870 vom Architekten Karl Tietz entworfen und im klassischen Ringstraßenstil erbaut. Es kam 1905 in den Besitz der jüdischen Familie Tintner und beherbergte neben Wohnungen auch die Büros von zwei Firmen: einer Schafwollwarenfabrik und einer Gemischtwaren-Großhandlung von Rudolf Böhmer, dessen Schuh-Großhandel in Wien 1938 „arisiert“ wurde. Nach 1945 verkauften die Erben von Margit Tintner die Liegenschaft sukzessive. Nach weiteren Eigentümerwechseln erwarb die Stadt Wien Mitte der 1970er Jahre die Liegenschaft.

Die Stadt Wien nutzt den Standort Neutorgasse 15 seit November 1974 als Amtshaus.

Derzeit agieren hier neben der Projektleitung Seestadt Aspern auch das Menschenrechtsbüro der Stadt Wien, Einheiten der Magistratsabteilungen 26 und 34 sowie die Gruppe Magistratische Bezirksämter und Fahrservice der Magistratsdirektion.

Freiheits(Kämpfer)Kino

An vier Donnerstagen im Herbst 2016 zeigen die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen Wien interessante historische Filme. Ort ist das Bildungszentrum der SPÖ Wien in der Praterstraße 25. Teilnahme an der nicht-öffentlichen Vorführung nur für Mitglieder!

Do., 22.9.2016, 18:00,
„Das Notizbuch des Mr. Pim“
(Ö 1930, 72 Minuten)

Der Inhalt ist so simpel wie plakativ: Der in die USA ausgewanderte Zeitungsherausgeber und eingefleischte Kapitalist Mr. Elias Pim wird von seiner Tochter und seinem Schwiegersohn mit den Errungenschaften des „Roten Wien“ konfrontiert. Durch die drastische Gegenüberstellung von früherem sozialen Elend und neuer Wohnungsherrlichkeit und Fürsorgetätigkeit wird er Schritt für Schritt davon überzeugt, dass Wiens sozialdemokratische Stadtverwaltung die beste der Welt ist.

Do., 13.10.2016, 18:00,
„Die vom 17er-Haus“
(Ö 1932, 60 Minuten)

Wien im Jahre 2032: Im Archiv der Stadt Wien erzählt der alte Archivar seinem Enkel, wie konservative Kleinbürger sich im alten Wien vor hundert Jahren (=1932) der neuen Zeit zu widersetzen versuchten. Alt-Wien ist hier ein ebenso ärmlicher wie fortschrittsfeindlicher Ort, aus dem die Sozialdemokratie eine rote Insel im Meer des Kapitalismus macht. Ein beabsichtigt parteiischer Film über das (Selbst-) Bild des „Roten Wien“, der das durch Fritz Langs „Metropolis“ (1927) populär gewordene Science-Fiction-Genre mit sozialutopischer Propaganda verknüpft.

Do., 27.10.2016, 18:00,
„Fünf Patronenhülsen“
(DDR 1960, 90 Minuten)

Wir erinnern an den Putsch der faschistischen Generäle vor 80 Jahren: Während des spanischen Bürgerkriegs wird der deutsche Kommissar Witting schwer verwundet. Er übergibt fünf Interbrigadisten eine Meldung für den Stab, in Einzelstücken aufgeteilt und in fünf Patronenhülsen gesteckt. Zusammenhalten und durchkommen, lautet der Befehl. Jedoch sind ihnen die Faschisten in dem kargen Berggebiet dicht auf den Fersen und der täglich wachsende Durst droht ihnen den Verstand zu rauben.

Do., 17.11.2016, 18:00,
„Der gewöhnliche Faschismus“
(UdSSR 1965, 128 Minuten)

Dieser Dokumentarfilm gilt als Meilenstein der Filmpublizistik. Regisseur Michail Romm macht mit historischem Bildmaterial aus der Zeit des Nazi-Regimes dessen unmenschliches Antlitz sichtbar und deckt den Mechanismus des Betruges an Millionen von Menschen auf. Er analysiert die Wurzeln des Nationalsozialismus und dessen verhängnisvollen Einfluss auf die menschliche Psyche. Sein bewusst eingesetzter, persönlicher Kommentar verleiht den Bildern noch stärkeren Ausdruck.

Elfi Werner verstorben

Elfis Sohn Andreas informierte über das Ableben unserer langjährigen Weggefährtin, Mitarbeiterin und Genossin Elfi Werner. Einigen von uns ist Elfi als „Eisläuferin“ in Erinnerung, da sie in jungen Jahren Mitglied der Wiener Eisrevue war. In dieser Zeit hatte sie wohl auch erfahren, welchen Stellenwert Zusammenhalt einnimmt.

Sie war die jahrelange Lebensgefährtin unseres ehemaligen Bundesfinanzreferenten Hans Kancz, den sie bei seiner Tätigkeit für die Bundesorganisation der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen tatkräftig und unermüdlich unterstützte. Der Verlust ihres Lebenspartners stellte Elfi vor schwierige Aufgaben, bei deren Lösung ihr unser damaliger Bundesvorsitzender, Alfred Ströer, die MitarbeiterInnen des Bundessekretariats und die Vorsitzende der Bezirksgruppe Favoriten und Nachfolgerin Hans Kancz, Herta Slabina, hilfreich zur Seite standen.

Elfi war es wichtig, sich im Andenken an Hans Kancz aktiv in unserer Bezirksgruppe Favoriten als Kassierin einzubringen. Sowohl privat als auch ehrenamtlich war sie stets bereit, zu helfen, wo Hilfe nötig war. Die SPÖ-Bezirksorganisation Favoriten ehrte sie für ihr Engagement mit der Victor-Adler-Plakette.

Wegen schwerwiegender gesundheitlicher Probleme war sie schließlich gezwungen, ihre ehrenamtlichen Tätigkeiten zu beenden. Familie Slabina und Edith Krisch besuchten sie anlässlich ihres Geburtstages im Pensionistenhaus Maria Lanzendorf.

Mit Elfi Werner verlieren die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen eine aufrechte Genossin und Kämpferin für Freiheit und Gerechtigkeit.

Adieu, liebe Elfi. Du bleibst in unserer Erinnerung.

Aprilgedenken in Stein

Im April 1945 ereigneten sich in der Strafanstalt Stein und in der Umgebung die größten Massaker, die zu Kriegsende stattgefunden haben. Beim Gedenken an die Opfer nahmen heuer auch polnische und griechische Vertreter teil.

„Der April 1945 beschreibt eines der dunkelsten Kapitel in der langen Geschichte der Stadt Krems. Wir sind hier, um uns zu erinnern, nicht um zu vergessen“, sagte Bürgermeister Prim. Dr. Reinhard Resch bei seiner Ansprache und wies auf den Stellenwert von Menschenwürde und Menschenrechten hin. Neben den VertreterInnen der Stadt haben sich auch Nikolaos Sapountzis, Geschäftsträger der griechischen Botschaft, Mag. Andrzej Kaczorowski, Generalkonsul der polnischen Botschaft, der NÖ Vorsitzende des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen Abg.z.NR Anton Heinzl

und Landesabgeordnete Heidemaria Onodi eingefunden, um der Opfer zu gedenken.

Am 6. April 1945 hatte der Direktor der Strafanstalt Stein wegen des nahenden Kriegsendes die Häftlinge entlassen. Doch für einen Teil der Aufseher war dies unhaltbar. Die Entlassung wurde als Häftlingsrevolte denunziert. SS, SA und Wehrmacht ermordeten in der Folge 386 Häftlinge - in der Anstalt und danach in der Umgebung. Die NS-Vernichtungswut fand am 15. April ihre Fortsetzung: 44 Widerstandskämpfer, die zum Tode verurteilt waren, aber in Wien nicht hingerichtet werden konnten, wurden nach ihrem Fußweg nach Stein in der Strafanstalt hingerichtet. Unter ihnen waren viele Polen. Für

sie wurde im Vorjahr am Friedhof Stein ein Gedenkstein in unmittelbarer Nähe zu den Denkmälern für die Opfer vom 6. April errichtet.



Stadt Krems

V.l.n.r.: Andrzej Lech, Andrzej Kaczorowski, Reinhard Resch (4.v.l.), Anton Heinzl, Nikolaos Sapountzis, Konstantinos Prokakis (Leiter des Pressebüros der griechischen Botschaft), Heidemaria Onodi

Kern neuer SPÖ-Vorsitzender

1.200 Delegierte, Gastdelegierte und Gäste waren zum außerordentlichen Parteitag der SPÖ gekommen, der unter dem Motto „Österreich begeistern“ stand. Bundeskanzler Christian Kern erhielt beim SPÖ-Bundesparteitag herausragende 96,84 Prozent Zustimmung der Delegierten. Im Zentrum der Rede des Kanzlers stand außerdem der volle Einsatz für Beschäftigung, der Kampf gegen Ungerechtigkeit und Ungleichheit, aber auch das Verhältnis zur FPÖ. „Die FPÖ kann es einfach

nicht, denen werden wir unser Land nicht überlassen“. Es geht um den Führungsanspruch im Land: „Und das wird ein Duell mit der FPÖ. Und ich bin absolut nicht bereit, den Schlüssel zum Bundeskanzleramt den Blauen auszuliefern.“ Die SPÖ wird daher eine „Politik der Zukunft gegen eine Politik von vorgestern stellen“, sagte Kern, der sich im Kampf um den Führungsanspruch auf die Gesinnung und Begeisterung der SozialdemokratInnen verlässt.



SPÖ / Johannes Zinner



Die Antifaschistische Alpeninternationale

Von 13. bis 17. Mai versammelten sich über 200 Jugendliche aus drei verschiedenen Ländern im Europacamp in Weissenbach am Attersee, um gemeinsam über antifaschistische Strategien zu diskutieren. Ein Bericht von Genossin Marina Hanke, Vorsitzende der SJ Wien und Mitglied des Wiener Landesvorstands unseres Bundes.

Das Antifa-Seminar der Sozialistischen Jugend, das jedes Jahr am Wochenende der Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Mauthausen stattfindet, wurde in diesem Jahr zur Antifaschistischen Alpeninternationale ausgeweitet. Gemeinsam mit den Schwesternorganisationen JUSO Schweiz, JUSOS Bayern und SJD – Die Falken wurde fünf Tage lang mit ein intensiven Programm gestaltet.

Das inhaltliche Programm startete am Samstag mit einem breiten Angebot an Tagesworkshops und wurde am Montag mit Halbtagsworkshops fortgesetzt. Historische Themen wie der Austrofaschismus, die Verfolgung Homosexueller in der NS-Zeit oder eine Exkursion in die Gedenkstätte in Mauthausen boten die Möglichkeit, sich mit der Funktionsweise faschistischer Systeme aber vor allem auch mit der dahinter steckenden Ideologie auseinanderzusetzen.

Der Workshop zum Thema Faschismustheorien lieferte die notwendige theoretische Fundierung. Aber auch die Herausforderungen in der heutigen Zeit wurden in Workshops behandelt, so etwa die Situation mit rechtsextremen Parteien wie der Freiheitlichen Partei Österreichs, der Alternative für Deutschland oder der Schweizer Volkspartei. Mit welchen Mitteln diese Parteien heute arbeiten, was ihre Inhalte sind und wie von links gut dagegehalten werden kann, wurde gemeinsam diskutiert – ebenso wie Widerstand gegen faschistische Systeme in der Vergangenheit und viele andere Themen.

Die Abende wurden zur tiefergehenden Auseinandersetzung genutzt: eine Filmvorführung mit anschließendem Zeitzeug

engespräch sowie eine Lesung mit Adelmo Cervi aus seinem Buch „Meine 7 Väter“, der die Situation im faschistischen Italien sowie Widerstand dagegen schilderte. Nicht zu kurz kam aber natürlich auch ein lockerer Tagesausklang mit einem gemeinsamen ArbeiterInnenlieder-Singen und abendlichen Feiern.

Wie jedes Jahr war ein Fixpunkt des Seminars die Teilnahme an der Befreiungsfeier in der Gedenkstätte Mauthausen, wo der Jugendgedenkmarsch aufgrund der Neuausrichtung der Befreiungsfeier erstmals nicht vom Steinbruch Wiener Graben in die Gedenkstätte einmarschierte, sondern von Anfang an bei den Feierlichkeiten in der Gedenkstätte dabei war. Nach der offiziellen internationalen Gedenk- und Befreiungsfeier fand gemeinsam mit anderen Jugendorganisationen das Jugendgedenken der Bundesjugendvertretung beim Jugenddenkmal statt, wo Julia Herr, Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Österreich und Vorsitzende der Bundesjugendvertretung, die Gedenkrede hielt.

Die Gedenkfeierlichkeiten endeten bei der Gedenktafel der Sozialistischen Jugend, der Kommunistischen Jugend und der Gedenktafel der SJD mit weiteren Reden, unter anderem von Fiona Kaiser, Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Oberösterreich.

Das Wochenende am Attersee hat uns vor allem eines gezeigt: Wir haben im 20. Jahrhundert gelernt, dass wir nicht wegschauen dürfen, wenn rechte HetzerInnen ihre faschistischen Weltanschauungen gesellschaftstauglich machen wollen. Was damals passiert ist, darf sich nicht wiederholen und es liegt an uns, uns heutigen Entwicklungen mit all unserer Kraft entgegen zu stellen.

Rassismus und Faschismus sind kein rein österreichisches Problem. Wir müssen uns europaweit vernetzen und gemeinsam Strategien gegen Burschenschaften, Identitäre, FPÖ, AfD, PEGIDA und Co. überlegen. Die

Antifaschistische Alpeninternationale bot genau dafür den idealen Raum, und war ein Auftakt für viele weitere gemeinsame Diskussionen und Aktivitäten. Der nächste große internationale Austausch sozialistischer Jugendorganisationen findet im Juli in Sizilien statt, wo das diesjährige Summercamp unserer Dachorganisation YES (Young European Socialists) veranstaltet wird. Neben zahlreichen Themen wie dem Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit, gegen Austeritätspolitik oder einem Austausch über progressive Bildungspolitik wird auch dort das Thema Antifaschismus viel Raum für gemeinsame Diskussionen bekommen. ■



Auf die Genossinnen und Genossen aus der Schweiz, Bayern und Österreich wartete ein intensives und inhaltlich spannendes Workshop- und Diskussionsprogramm

erinnern.at – Die Vermittlung von Nationalsozialismus und Holocaust

Der Verein erinnern.at ist ein Projekt des Bildungsministeriums für Lehrende an österreichischen Schulen. Martin Krist, Referent für erinnern.at und Universitätslektor in Wien, stellt die Initiative vor.

Drei Schülerinnen einer 8. Klasse eines Wiener Gymnasiums berichten am Ehrengrab Theodor Kramers über sein Leben in Wien, seinen psychischen Zusammenbruch nach dem sogenannten „Anschluss“ und seinen vergeblichen Fluchtbemühungen, über sein unglückliches Leben im Exil in Großbritannien und seine kurze Rückkehr nach Wien. Danach will sich die Klasse auf den Weg zur nächsten Station des Rundgangs „Gedächtnisorte des NS-Terrors am Wiener Zentralfriedhof“, der von erinnern.at erarbeitet wurde, machen: dem Denkmal für die in Spanien ums Leben gekommenen österreichischen Spanienkämpfer gegen die faschistischen Putschisten unter Franco. Plötzlich entdeckt eine Schülerin etwas. Sie hat eine Grabinschrift schräg gegenüber von Theodor Kramers gesehen und fragt irritiert, aufgeregt, unsicher: „Hat Othmar Trenker auch ein Ehrengrab? Gegenüber von Theodor Kramer steht sein Name auf einem Ehrengrab. Ist das sein Grab? Ist das der Othmar Trenker, von dem wir im Unterricht gehört haben?“ Die SchülerInnen drehen sich sofort um. Tatsächlich und eindeutig steht dort auf einem Grabstein: „Dr. Othmar Trenker/1905 – 1986“.

Wer war dieser Othmar Trenker?

Othmar Trenker war ein Wiener Gestapojurist. Im Hausgefängnis der Gestapo am Morzinplatz galt er als gefürchteter Schläger und Folterer. Er stieg

bis zum SS-Obersturmbannführer auf und übernahm 1944 als Abteilungsleiter die gesamte Exekutive der Gestapo Wien.

Rundgänge wie diesen führt erinnern.at immer wieder durch, und sie zeigen das große Interesse von SchülerInnen. Sie lösen Diskussionen aus und können Anknüpfungspunkte zur Beschäftigung mit dem Thema „Nationalsozialismus und Holocaust“ sein.

Gegründet wurde erinnern.at im Jahr 2000, um sich der Vermittlung des Holocausts vor allem an Schulen zu widmen. Deshalb stand und steht von Anfang an die Professionalisierung von LehrerInnen im Zen-

trum. Im Juli 2016 wird bereits das 29. LehrerInnenseminar in Israel (in Yad Vashem und Lohamei ha Gettaot) stattfinden. Über 1500 LehrerInnen haben an Zentralen Seminaren, zuletzt in Salzburg zum Thema „Wer

ist schuld am Tod von Edith Winkler? Völkermord als gesellschaftliche Verantwortung“, teilgenommen.

Ein weiteres sehr wichtiges Element von erinnern.at ist die Regionalisierung. Jedes Bundesland wird von NetzwerkkoordinatorInnen betreut. Für Wien sind dies etwa Robert Streibel und Martin Krist. In den Bundesländernetzwerken kommt es zu zahlreichen Aktivitäten. In Wien ist hier die Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum Wien erwähnenswert. In der Veranstaltungsreihe „Geschichte in Geschichten. Möglichkeiten und Methoden“ werden die jeweiligen Sonderausstellungen und ausgewählten Vermittlungsprogramme des JMW vorgestellt. Derzeit ist die Wanderausstellung „Darüber sprechen.

nen während der NS-Terrorzeit widerfahren ist: Wie SchulfreundInnen mit ihnen umgingen, wie die NachbarInnen zu Feinden wurden, der Staat zum Mörder, wie sie überleben konnten und wie es ihren Familien erging. Zitate aus diesen Erinnerungen und historisches Bildmaterial führen zu kurzen Videosequenzen, die mit Smartphones über QR-Links oder den Internet-Links aufgerufen werden können. Die Erinnerungen werden auf der Rückseite jeder Tafel in jeweils verschiedenen Zusammenhängen gestellt: Fachleute erläutern oder regen dabei an, von einer bestimmten Perspektive aus nachzudenken.

Rundgänge zu Themen wie „Verborgene Orte des NS-Terrors im 1. Bezirk“ oder „KZ und Zwangsarbeit in Wien-Floridsdorf“ sind ebenfalls fester Bestandteil des Programmes von erinnern.at. Erwähnenswert ist auch die Jugendsachbuchreihe „Nationalsozialismus in den Bundesländern“. In dieser Reihe sind bereits sieben Bände erschienen, die mehrere Auflagen erlebten. Der Wien-Band wird voraussichtlich im Herbst erscheinen.

Auf der Homepage von erinnern.at findet sich eine Fülle von Unterrichtsanregungen und ausgearbeiteten Unterrichtsmodellen, die in vielen Schulen Anwendung finden. erinnern.at ist für Österreichs

Schulen in den letzten 15 Jahren zu einer der wichtigsten Informations- und Weiterbildungsquellen zum Thema „Holocaust und Nationalsozialismus“ geworden.

WEBTIPP: www.erinnern.at



Wiener SchülerInnen bei der Arbeit mit der Ausstellung „Darüber sprechen“

Nationalsozialismus und Holocaust: Erinnerungen von Zeituginnen und Zeitzeugen“ an Wiener Schulen zu sehen. Die Ausstellung beruht auf Erfahrungen von 14 ZeitzeugInnen, die darüber sprechen, was ih-



Verfolgte Abgeordnete der Sozialdemokratie

In den 1930er und 1940er Jahren wurden zahlreiche ehemalige, aktive oder zukünftige ParlamentarierInnen aus den Reihen der Sozialdemokratie wurden Opfer von Verfolgung durch Austrofaschismus und Nationalsozialismus.

Als sich am 19. Dezember 1945 der österreichische National- und Bundesrat konstituierte, hatte das Land elf Jahre faschistischer und nationalsozialistischer Herrschaft und Krieg hinter sich. Die Bevölkerung war geprägt von Kriegs- und Terrorjahren, Entrechtung und Entbehrung, aber auch von gelebtem Antisemitismus/Rassismus, vom Ausgrenzen anderer als Bestandteil einer Ideologie, die Massenmord, Raub und Entrechtung in sich inkludierte. Es gab viele Opfer, aber auch viele Täter. Österreich entschied sich gegen einen klaren Neubeginn, gegen die Aufarbeitung des Geschehenen und für eine vermeintliche Normalisierung. Die „Stunde Null“ wurde ausgerufen, die als Anspruch auf eine Art gesamtpolitischer Absolution für die österreichische Bevölkerung zu interpretieren ist und die mit der Mega-Erzählung vom „Österreich als erstes Opfer Hitlerdeutschlands“ kausal verbunden wurde.

Realpolitisch war diese „Neuinterpretierung“ der damaligen österreichischen Zeitgeschichte zweifelsfrei erfolgreich und im Sinne der Realisierung der Interessen der wiedererstandenen Republik. Gleichzeitig musste damit jedoch auch die Ausblendung der Opfer zum politischen Prinzip erhoben werden. Betrachtet man die Zusammensetzung der V. Legislaturperiode des Nationalrates, der ersten Gesetzgebungsperiode der Zweiten Republik, dann ist offensichtlich, wie viele Abgeordnete Opfer von Nationalsozialismus und/oder Austrofaschismus gewesen waren. Umso irritierender ist der Umstand, dass gleich zu Beginn der Zweiten Republik, Gesetze erlassen wurden, die jene Gruppe der Opfer, näm-

lich alle sogenannten „rassisch Verfolgten“ völlig aus Hilfsprogrammen und der Sozialhilfe ausklammerten (siehe Opferfürsorgegesetz) und ihnen über Jahrzehnte die Restitution ihres Besitzes mehr oder minder offenkundig verweigert wurde.

Albert Sternfeld verwies hinsichtlich der Unterscheidung der KZ-Opfer auf den Umstand, dass jene österreichischen Politiker und Politikerinnen, die mit dem sogenannten Prominententransport im April 1938 nach Dachau transportiert worden waren, eine „völlig andere Kategorie als die Millionen, die in Vernichtungslager mit dem eindeutigen Zweck eben ihrer Vernichtung geschickt wurden“. Ähnlich argumentierte Rosa Jochmann, die im Austrofaschismus inhaftiert war und von 1939-1940 wieder in Polizehaft kam und danach, bis 1945 im KZ Ravensbrück war, in der Debatte vom 9. Februar 1949 zur dritten Opferfürsorge-Novelle: „Der Gerechtigkeit halber muss man festhalten, dass zwischen der jüdischen Bevölkerung des Jahres 1938 und der arischen Bevölkerung ein großer Unterschied bestand. Die jüdische Bevölkerung war nämlich von vornherein zu 90 Prozent zum Tode verurteilt.“

Die politisch Verfolgten sozialdemokratischen Abgeordneten weisen naturgemäß sehr unterschiedliche Biographien auf. Max Winter, der die Sozialreportage revolutionierte, konnte z. B. Anfang des Jahres 1934 noch zu einer länger geplanten Vortragsreise in die USA ausreisen. Im Dezember 1934 wurde ihm wegen österreichfeindlichen Verhaltens die Staatsbürgerschaft aberkannt. Er starb vereinsamt 1937 in einem Krankenhaus in Hollywood. Julius Deutsch, der in der Ersten Republik eine zentrale Figur

der sozialdemokratischen Partei gewesen war, kehrte nach seiner Emigration als einer der wenigen Abgeordneten mit jüdischen Hintergrund nach Wien zurück. Er leitete bis 1951 die Sozialistische Verlagsanstalt. Im politischen Geschehen spielte er keine Rolle mehr. Bruno Kreisky, der ebenfalls im Exil war und nach Österreich zurückkehrte, wurde einer der bedeutendsten österreichischen Politiker. Schärf, der im Nationalsozialismus verfolgte Sozialdemokrat, wurde Bundespräsident.

Bei den ersten Wahlen 1945 konnte die Sozialdemokratie von den 165 Sitzen des Nationalrates 76 erringen. In der fünften Legislaturperiode zählte der Klub der Sozialdemokratischen Fraktion, durch Todesfälle und Rücktritte bedingt, insgesamt aber 85 Mitglieder des Nationalrates. 66 davon sind als politisch Verfolgte einzustufen, was sehr anschaulich verdeutlicht, dass die Mehrheit der Politiker und Politikerinnen in der Nachkriegszeit politischer Verfolgung im Austrofaschismus und Nationalsozialismus ausgesetzt gewesen waren. Nicht vergessen dürfen jene werden, die in den Konzentrationslagern ermordet wurden, wie

Felix Karnitz oder Viktor König. Eine ganze Generation von sozialdemokratischen Politiker und Politikerinnen waren nur wegen ihrer politischen Einstellung, Millionen von Menschen nur wegen ihrer – wie es genannt wurde „Abstammung“ politischer und/oder rassischer Verfolgung, Entrechtung und Ermordung ausgesetzt. Ihre Schicksale mahnen uns, jedweder Form von Ausgrenzung und der Abkehr vom demokratischen, gleichberechtigten Diskurs kompromisslos entgegenzutreten. ■

Webtipp:

Die Liste der sozialdemokratischen Abgeordneten aus der 1. Republik und der V. GP der 2. Republik ist in meinem Artikel „Politisch verfolgte ParlamentarierInnen“ aufgelistet. (<https://www.rotbewegt.at/#/epoche/1918-1933/artikel/politisch-verfolgte-parlamentarierinnen>).

Über die Autorin:

Dr.in Barbara Serloth ist Politologin und arbeitet für den Sozialdemokratischen Parlamentsklub. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Nationalismus, das demokratische und parlamentarische System und Antisemitismus.



Bruno Kreisky im Kreise von Mitstreitern im schwedischen Exil, um 1941

Kriegserlebnisse eines Friedliebenden

Im Zuge von Recherchen zum Ersten Weltkrieg sind Michaela Maier und Georg Spitaler vom Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung auf ein bisher unbekanntes Typoskript von Julius Deutsch gestoßen. Sie beschlossen, es einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Eine Buchbesprechung von Claus Michl-Atzmüller.

Die Aufzeichnungen von Julius Deutsch, die sich im Sozialdemokratischen Parteistellenarchiv befinden, umfassen den Zeitraum von 1915 bis Ende 1916. Als Artilleriebeobachter steht er an vorderster Front. Als Artillerieoffizier, sozialdemokratischer Parteisekretär und kritischer Augenzeuge hält er ein auch literarisch beeindruckendes Bild des Ersten Weltkrieges fest. Deutschs Text beginnt mit dem Kriegseintritt Italiens und schildert seine Einsätze und damit verbundene Erlebnisse und Eindrücke in Südtirol/Trentino, Galizien, den Karpatisch-Julischen Alpen sowie Siebenbürgen und Rumänien. Seine Stationierungen in Weißrussland und am Isonzo (nach 1916), werden in diesen Kriegserlebnissen nicht mehr behandelt.

Julius Deutsch, geboren 1884 im burgenländischen Lackenbach – westungarisch, jüdischer Herkunft – wuchs mit seinen Geschwistern in armen, proletarischen Verhältnissen auf. Die frühe Erfahrung der ausweglosen Verelendung wurde Motor seines Strebens. Er besuchte Vorträge im Arbeiterbildungsverein und trat dem „Verein jugendlicher Arbeiter“ bei. Deutsch wurde von Victor Adler gefördert. So konnte er extern die Reifeprüfung ablegen und finanzierte sich als Handelsreisender ein Studium der Nationalökonomie in Zürich, das er 1908 mit dem Dokortitel abschloss. Ab 1909 arbeitete er im Zentralsekretariat der Partei, unter anderem mit Robert Danneberg.

Auch nach dem Ersten Weltkrieg wird Deutsch als bedeutender Politiker der SDAP mit Fragen des politischen Kampfes und der Militärorganisation verbunden bleiben: Als Unterstaatssekretär für Heereswesen, als Staatssekretär

nach den Wahlen 1919 und als Begründer und Obmann des Republikanischen Schutzbundes ab 1923, eine Gründung die auch da-

mit folgenden Worten: „Als Sozialist war ich selbstverständlich ein Kriegsgegner, aber diese prinzipielle Gegnerschaft schloss eine individuelle Teilnahme am Krieg nicht aus. Wir alle, die dienstpflichtig waren ... standen auf dem Standpunkt, dass der einzelne Sozialist seine Bürgerpflicht zu erfüllen habe. Nicht der einzelne, sondern die Gesamtheit der Partei habe

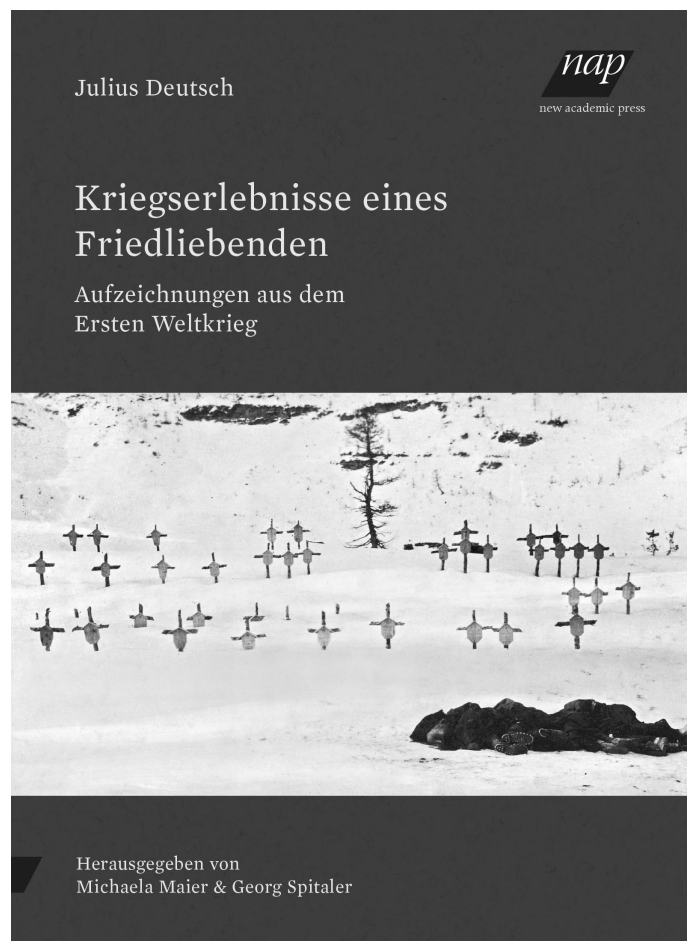
Deutsch war also von einer soldatischen Pflichterfüllung überzeugt. Zahlreiche Stellen im Text zeigen jedoch von einer kritischen und anti-chauvinistischen Haltung: „Da hat kein Volk dem anderen etwas vorzuwerfen. So ist eben der Krieg! Im Krieg ist nicht das eine Volk barbarisch und das andere voll edler Sittenreinheit. Nein im Krieg sind alle Völker Barbaren“.

Der Autor war ständig mit Formen des Antisemitismus konfrontiert. Der Text erweist sich allgemein als aufschlussreich für eine politische Biografie von Julius Deutsch, etwa im Hinblick auf seine Auseinandersetzungen mit Fragen von Judentum und Antisemitismus. Deutsch kritisierte an mehreren Stellen antisemitische Vorurteile in der Armee.

Deutsch, ein kritischer Augenzeuge des Kriegsgeschehens, praktizierte in den von ihm literarisch gezeichneten Kriegsbildern die geforderte „Kleinmalerei des Krieges“. Seine Kommentare lassen auf ein aufgeklärtes Weltbild schließen, in dem Kriegseuphorie keinen Platz findet. Der italienischen und rumänischen Politik wirft er jedoch vor, den Krieg verräterisch vom Zaun gebrochen zu haben.

Die Sprache in diesem Buch schwankt zwischen einem kritischen, nicht von Kriegseuphorie oder von Heroisierung getragenen Ton, aber wenn er die die Schlachtenverläufe und seine persönlichen Kriegserlebnisse schildert, fällt er zuweilen in eine militärisch-männliche und von unendlicher Pflichterfüllung be-seelte Diktion.

Trotzdem muss festgehalten werden, dass nicht Helden, die den Ehren-Tod auf dem Schlachtfeld suchen, im Vordergrund und Mittelpunkt der Schilderungen stehen, sondern einfache Menschen und Soldaten im Kriegsalltag, deren Einsatz und Leistungen er immer wieder huldigt.  www.vga.at



Julius Deutsch - Kriegserlebnisse eines Friedliebenden. Aufzeichnungen aus dem Ersten Weltkrieg, hg. V. Michaela Maier & Georg Spitaler, new academic press, 2016, ISBN: 978-3-7003-1945-0, 192 Seiten, € 29,90

rauf beruhte, dass sich die Hoffnung auf eine Wehrmacht, die dem Volks- und nicht Staatswillen untersteht, zerstreut hatte.

Deutsch kann nicht als Pazifist angesehen werden, lehnte jedoch den Militarismus des k.u.k. Habsburgerreiches entschieden ab. Mit dem Kriegsausbruch stand die SDAP vor einer schwierigen Frage. Deutsch beantwortet diese für sich

gegebenenfalls über eine Aktion gegen den Krieg zu entscheiden“.

Eine Bürgerpflicht, die er speziell am Mord an den k.k. Ministerpräsidenten Karl Stürkgh im Herbst 1916 durch Friedrich Adler als erschüttert ansah. In den Aufzeichnungen widmet er diesem Attentat ein ganzes Kapitel, in dem er sich von der Tat Friedrich Adlers entsetzt zeigt.



Festrede von Prof. Rudolf Gelbard

Am 8. Mai hielt Prof. Rudolf Gelbard – Zeitzeuge, KZ-Überlebender und Mitglied unseres Bundesvorstandes – eine beeindruckende und viel beklatschte Rede beim Staatsakt im Bundeskanzleramt zum Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus. Im Folgenden der Wortlaut seiner Ausführungen.

Verehrte Anwesende des Staatsaktes zum Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus und an die Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa!

Der verstorbene Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, Martin Broszat, sagte in einer Rede: „Ohne die Kenntnisnahme der entsetzlichen Einzelheiten bliebe auch der Gedanke an die Millionen unschuldiger Opfer inhaltslose Ergriffenheit.“

12. März 1938 – Im Wittelsbacher Palais, dem Münchner Hauptquartier der Gestapo, drängte es den Reichsführer SS Himmler nach Österreich. Um 0:45 Uhr berichtete der SS-Führer Kaltenbrunner telefonisch aus Wien über die Lage. Er sagte, es sei alles in Ordnung, die Landesregierungen von Salzburg, Oberösterreich und Niederösterreich, Steiermark, Kärnten, Tirol und Wien seien übernommen. Alles ohne Blutvergießen. Himmler sagte, er werde jetzt im Auftrag des Führers nach Wien fliegen. 2:30 Uhr früh. Himmler und seine engsten Mitarbeiter bestiegen ein Flugzeug. Mit Himmler flog unter anderem der Chef der Sicherheitspolizei, SS-Gruppenführer Heydrich, der spätere Chef des berüchtigten Reichssicherheitshauptamtes, der Mordzentrale des Dritten Reiches. Schwer bewaffnete SS-Männer stiegen in ein zweites Flugzeug. Während des Fluges wurden die Positionslichter nicht eingeschaltet und es herrschte auch Funkstille. Durch die Straßen Wiens zogen Greifkommandos von SA- und SS-Leuten, ihre Ziele waren die Wohnungen von Nazi-Gegnern. Schätzungen der Verhaftungszahlen bewegen sich zwischen 50.000 und 70.000. Um 4:30 Uhr An-

kunft der Flugzeuge aus München, 27 SS-Männer mit Maschinenpistolen sprangen aus ihrem Flugzeug. Kaltenbrunner trat auf Himmler zu: „Melde Reichsführer vollen Sieg der Bewegung. Die SS zur weiteren Befehlsausgabe angetreten.“

Eine Stunde vor Sonnenaufgang um 5:30 Uhr besetzten die



Mit stehenden Ovationen dankten die Anwesenden Prof. Rudolf Gelbard für seine fesselnde Ansprache

Truppen der deutschen Einmarscharmee die Grenzübergänge nach Österreich. Nirgends stieß man auf Widerstand. Nach der Nacht des Sieges ließen die neuen Herren in Österreich die Verlierer die Macht spüren. Juden und politische Gegner des Nationalsozialismus wurden gezwungen, die letzten Spuren der abgesetzten Schuschnigg-Abstimmung zu beseitigen. Mit Bürste und scharf ätzender Lauge mussten sie die Straßenpflaster von dem Porträt Schuschniggs und die Gehsteige von den aufgemalten „Ja“-Parolen und Kruckenkreuzen reinigen. Die Verhaftungswelle lief jetzt erst richtig an, bevor der eigentliche Einmarsch der deutschen Truppen in Wien begann.

Wie haben Zeitzeugen den 12. März 1938 in Wien erlebt? Aus

Carl Zuckmayers Erinnerungen Als wär's ein Stück von mir. „An diesem Abend brach die Hölle los. Und alle Menschen verloren ihr Gesicht, glichen verzerrten Fratzen. Die einen in Angst, die anderen in Lüge, die anderen in wildem, hasserfülltem Triumph. Was hier entfesselt wurde, war der Aufstand des Neids, der Missgunst, der Verbitterung, der blinden, böswilligen Rachsucht. Und alle anderen Stimmen waren zum Schweigen verurteilt. Die Rollkommandos zogen nun bereits in der Stadt umher und suchten die Wohnungen un-

ten, Bauern und armen Leuten, von weltbekannten Bankiers und unbekannten Proletariern, Juden, Offizieren des Bundesheeres, von Polizeibeamten und jenen Kommunisten und Sozialisten, die sie verhaftet und bestraft hatten; katholische Priester, Staatsbeamte und Journalisten – sie alle suchten verzweifelt, auf dem abfahrenden Zug einen Platz zu erobern. Die Klügeren, diejenigen, die Strapazen auf sich nehmen konnten, begaben sich in kleinen Gruppen zu Fuß in die Wälder und schlugen sich nach den Grenzübergängen in den Bergen durch, in der Hoffnung, auf Schleichwegen in Sicherheit zu kommen.“ Die Häftlinge vom ersten Dachauer Transport wurden in Überfallsautos gepfercht. Und es wird so geschildert: „Da biegen die Wagen in die Mariahilfer Straße ein und nehmen Kurs zum Westbahnhof. Da plötzlich schreit einer mit Wahnsinnsstimme: ‚Nach Dachau – ins Konzentrationslager!‘.“

Im ersten Dachauer Transport am 1. April 1938, dem sogenannten Prominententransport, waren 151 Häftlinge, darunter die späteren Bundeskanzler Figl und Gorbach, Vizekanzler Bock als Repräsentanten der Vaterländischen Front, der spätere Gewerkschaftspräsident Olah und der Chef des republikanischen Schutzbundes als Repräsentanten der Sozialdemokratie sowie der spätere Stadtrat für Kultur, der Kommunist Matejka. Das KZ Dachau verzeichnete 1938 den Zuzug von 18.695 Häftlingen, von denen mindestens 8.000 aus Österreich stammten. Außerdem waren noch im ersten Dachauer Transport von den führenden Politikern der Vaterländischen Front Bürgermeister von Wien Schmitz, der Landeshauptmann von Niederösterreich Reiter, von der Israelitischen Kultusgemeinde Präsident Friedmann, von den sozialdemokratischen Politikern Danneberg und der kommunistische Funktionär Soswinski.

BKA/Andy Wenzel



Rudolf Kalmar, nach dem Krieg Chefredakteur der Zeitung Neues Österreich, war ebenfalls Häftling im ersten Dachauer Transport und berichtete 1946 darüber in Zeit ohne Gnade. „Als wir auf dem Westbahnhof von der Wiener Polizei der Dachauer SS übergeben wurden, hörten wir auf Menschen zu sein. Wir hockten Mann an Mann gepresst im Abteil und exerzierten nach dem Kommando der Treiber. Bald mussten wir unter die Bänke kriechen, bald ins Gepäcknetz hinaufturnen oder minutenlang in das elektrische Licht starren ohne zu zwinkern, wenn wir nicht eine Tracht Prügel riskieren wollten. Wir mussten hunderte Kniebeugen machen, unser Gegenüber abohrfeigen und einander ins Gesicht spucken. Zehn Stunden lang ohne Unterlass.“

Und aus der Schilderung des späteren Vizekanclers Bock heißt es: „Wir hatten am Ende dieser Reise so zerschlagene Gesichter, dass sie nicht mehr einem menschlichen Antlitz glichen. Als der Bahnhof vor dem Dachauer Lager erreicht war, war es nur mehr eine taumelnde Masse menschlicher Kreaturen.“

Sehr berühren mich die Schicksale von vier Frauen. In einem Text von Brigitte Bailer heißt es über die Ordensschwester Maria Restituta: „Sie gehörte dem Orden der Franziskanerinnen von der christliche Liebe, Hartmannschwester, an. Den Nationalsozialismus lehnte sie ab, vor allem wegen dessen Einschränkung und Zurückdrängung des Ordenslebens, das ihr zentraler Lebensmittelpunkt war.“ Schwester Restituta wurde wegen Vervielfältigung eines regimekritischen, pro-österreichischen Gedichts denunziert und am 30. März 1943 im Landesgericht Wien hingerichtet. Der Zeitzeuge Loidl, damals Seelsorger, schilderte später: „Da ging die Tür auf und von zwei Personen geleitet schritt Restituta heraus, weiß angezogen. Sie ging feierlich und ruhig. Sie warf mir einen Blick zu, dann ging sie weiter. Wir standen um sie herum, drei katholische Priester

und ein evangelischer Pfarrer. Dann hörte ich, wie Schwester Restituta zu Pfarrer Köck sagte: „Herr Pfarrer, machen Sie mir noch ein Kreuz auf der Stirn.“ Wir waren alle befangen und erregt. Dann ging das eiserne Tor auf. Schwester Restituta wurde hineingeführt. Das Tor ging zu und kurz darauf erscholl der dumpfe Klang des Fallbeils.“

Die jüngste Widerstandskämpferin war Anna Gräf. Sie wurde am 11. Jänner 1944, rund zwei Monate vor ihrem 19. Geburtstag, im Landesgericht hingerichtet. Sie war ein aktives Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes.

Sehr traurig ist das Schicksal des Roma-Mädchens Sidonie Adlersburg. 1933 als Pflegekind in einer oberösterreichischen Familie aufgenommen, wurde sie am 10. März 1943 von der Gestapo abgeholt, nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Nur weil sie ein Roma-Kind war.

Bewundernswert, und ich habe sie kennenlernen dürfen, ist auch das kämpferische Leben von Rosa Jochmann. Sie war im Zeitraum von Dezember 1945 bis zum 16. Mai 1967 Abgeordnete zum Nationalrat. In einem Interview sagte sie: „Ich war sieben Jahre im Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück eingesperrt. Wir, die wir aus dem Konzentrationslager zurückge-

kommen sind, wir sind keine freien Menschen. Die Gnade des Vergessen-Könnens ist keinem beschieden, der im Konzentrationslager war – das kann man nicht vergessen. Es ist nicht so, dass es, je weiter es wegrückt, einfacher und leichter würde – es bleibt. Man lebt mit unzähligen unverdrängbaren Bildern.“ Ich kann diese Antwort von Rosa Jochmann nur bestätigen, sie gilt genauso für mich als ehemaligen KZ-Häftling.

Der vorgegebene Zeitraum erlaubt nicht, von den 21 zumindest verschiedenen Verbrechen des Nationalsozialismus zu berichten. Der amerikanische Soziologe Rummel analysiert in seinen Büchern die Massensterben des 20. Jahrhunderts. Er definierte die Schoah, also den Holocaust, als die bislang extremste Form des Genozids. Man muss dabei erklären, warum die Schoah die extremste Form des Genozids war. Erstens: Weil die Vernichtung total sein sollte. Also dass jeder Mensch, der von den Nationalsozialisten als Jüdin oder Jude definiert wurde, getötet werden sollte. Zweitens: Weil das überall auf der Welt geschehen sollte. Dass also dieser Genozid im Unterschied zu anderen universell und total sein sollte. Der neueste Stand der Zeitgeschichtsforschung ergibt: Es wurden zwei Drittel des europäischen Judentums ermordet. Die Ju-

den stammten aus 25 Ländern Europas. 65.000 österreichische Juden wurden ermordet, darunter 19 Mitglieder meiner Familie. Ich hatte einmal eine große Familie. Meine Eltern starben sehr früh an den Folgen der Haft. Es wurden 1,5 Millionen Babys, Kinder und Jugendliche ermordet. Sie wurden getötet durch Massenerschießungen der vier Einsatzgruppen A, B, C, D, diesen Schlachthäusern auf Rädern, durch Gaswagen, und in sechs Menschenvernichtungsfabriken, den Vernichtungslagern Chelmno, Sobibor, Belzec, Treblinka, Majdanek / Lublin und Auschwitz II Birkenau. Für Holocaust-Leugner oder Holocaust-Verharmloser nenne ich zwei überaus wichtige Standardwerke: Wolfgang Benz, Herausgeber: Dimension des Völkermords, verfasst von 18 Zeithistorikern, eine Publikation des berühmten Instituts für Zeitgeschichte in München. Und Raul Hilberg, überhaupt das wichtigste Buch, in seinem dreibändigen Werk Die Vernichtung der europäischen Juden. Hilberg hat allein zwei Jahre nur Akten der Deutschen Reichsbahn in den Archiven durchgesehen.

Ein weiteres Verbrechen war die Ermordung der Roma und Sinti, 200.000, mit den gleichen Methoden wie beim Judenmord. Bei der Euthanasie wurden mehr als 200.000 psychisch kranke Menschen in Europa ermordet, darunter auch Taubstumme und Blinde. Fürchterlich waren die verschiedenen medizinischen Versuche in den Konzentrationslagern Auschwitz, Buchenwald, Dachau, Mauthausen, Neuengamme, Ravensbrück. Im Dritten Reich gab es 46.000 Urteile gegen Homosexuelle. Viele dieser Menschen haben die KZ-Haft nicht überlebt. Etwas für die Jugend fast Unverständliches, was ich jetzt berichte: In schweren Fällen wurden Menschen nach Paragraph 2 des Rundfunkgesetzes zum Tode verurteilt, wenn sie Meldungen ausländischer Sender verbreitet haben. Nach dem Heimtückegesetz wurden Menschen wegen Verbreitung



Rudolf Gelbard und Johannes Schwantner. Das Foto entstand beim Bundesvorstand am 1. Juni 2016.

Laurien Janina



von Anti-Nazi-Texten in schweren Fällen zum Tode verurteilt. Wie die Ordensschwester Resitata.

Zum Schluss. Vollkommen identifizieren kann ich mich mit dem Brief an junge Menschen

von Simon Wiesenthal aus seiner Autobiographie Recht, nicht Rache. „Aber wir, die Überlebenden, sind nicht nur den Toten verpflichtet, sondern auch den kommenden Generationen. Wir müssen unsere Erfahrungen an sie weitergeben, damit

sie daraus lernen können. Information ist Abwehr. Überlebende müssen wie Seismographen sein, sie müssen die Gefahr früher als andere wittern, in ihren Konturen erkennen und aufzeigen. Sie haben nicht das Recht, sich ein zweites Mal zu irren

und für harmlos zu halten, was in einer Katastrophe münden kann. Was im Dritten Reich geschehen ist, entzieht sich dem Vorstellungsvermögen. Wie einmalig, wie unfassbar, wie außergewöhnlich die Zeit des Holocaust war.“ ■

Militärischer Widerstand von außen

Zeithistoriker Florian Traussnig liefert eine Zusammenschau auf die Beiträge, die die Vertreter des „anderen Österreich“ im Kampf gegen Hitler-Deutschland geleistet haben. Gerald Netzl hat das Buch gelesen und seine Eindrücke zusammengefasst.

Während des Zweiten Weltkriegs dienten 6.000 bis 7.000 Österreicher – meist Geflohene vor dem Nationalsozialismus – im Kriegsapparat der USA. Überwiegend in der US-Armee, etwa 700 in den Armee-Geheimdiensten, sowie 250 bis 300 im subversiv agierenden „Office of Strategic Services“. Österreicher kämpften in amerikanischen Divisionen und nahmen als Wehrmachtsdeserteure an riskanten Geheimdiensteinsätzen teil. Der Widerstandskampf im Exil wurde unter dem Dach der amerikanischen „Anlehnungsmacht“ und oft mit hohem persönlichem Risiko geführt. Der Grazer Historiker Florian Traussnig liefert eine Zusammenschau des Forschungsstands und wirft biographische Schlaglichter auf die Beiträge, die die Vertreter des „anderen Österreich“ im Kampf gegen Hitler-Deutschland und bei der Befreiung ihres ehemaligen Heimatlandes geleistet haben. Politisch kamen die Widerstandskämpfer in den Reihen der Army aus den unterschiedlichsten Lagern.

Florian Traussnigs materialreiche Studie wendet sich vor allem an ein wissenschaftlich interessiertes Publikum, ist aber für zeitgeschichtebegeisterte NormalleserInnen spannend (Ö1/Kaindlstorfer). So etwa das Scheitern von Otto von Habsburgs Bemühen um ein „Austrian Battalion“ in der Army. Oder für uns sozialdemokratische

FreiheitskämpferInnen gilt das besonders für das auf fast 50 Seiten dargestellte Leben von Rudolf Anzböck. Anzböck hatte mit Josef Gerl am 20. Juli 1934 einen (eher unbedeutenden) Sprengstoffanschlag auf eine Signalanlage der Donauuferbahn verübt. Gerl verletzte in späterer Folge einen Polizisten, der am 10. August seinen Verletzungen erlag. Beide wurden zum Tode verurteilt, Josef Gerl am 24. Juli hingerichtet, Rudolf Anzböck zu lebenslangem Kerker begnadigt. Hitler zwang Schuschnigg im Februar 1938 zu einer Generalamnestie für politische Gefangene. Dadurch kam Anzböck nach fast vier Jahren Haft frei.

Am 13. März wurde er in Wien von den NS-Behörden verhaftet, wurde wieder freigelassen und flüchtete kurz darauf in die Schweiz. Zum Heimatlosen geworden hielt er sich in der Folge, von der vorrückenden Wehrmacht getrieben, in Frankreich, Norwegen und Schweden auf. Unterstützt vom letzten Vorsitzenden der Revolutionären Sozialisten, Joseph Buttinger, gelangte er über die Zwischenstationen Japan, Panama und Costa Rica am 13. Jänner 1941 in die USA. Am 28. Mai 1943 wurde er in die US-Armee aufgenommen. Detailliert beschreibt Traussnig Anzböcks „Gebirgsjäger“-Ausbildung, bis er im April 1944 in der „Labor Section“ des OSS landete, in der politisch linke Emigranten zusammengefasst wurden. Mit

seinen Fähigkeiten und seiner robusten Statur wäre er für ein Fallschirmkommando in der Heimat prädestiniert gewesen, doch kam es dazu nicht.

Anzböck wurde im Oktober 1944 in London als operativer Vorbereiter dafür eingesetzt. Laut internen Beurteilungen arbeitete er inhaltlich sehr gut, die Einsätze wurden von ihm gut vorbereitet und durchgeführt. Ende November

1945 wurde Anzböck aus dem Kriegsdienst entlassen. Wie viele andere Exilösterreicher entschied er sich gegen eine Rückkehr und für den Verbleib in der neuen Heimat. 1977 verstarb Rudolf Anzböck in Seattle. Anzböck wird im öffentlichen Diskurs nur als „Sprengstoffsaboteur“ im Zusammenhang mit Josef Gerl wahrgenommen, es ist wichtig, an ihn als Exilwiderstandskämpfer zu erinnern! ■



MILITÄRISCHER WIDERSTAND VON AUSSEN

Österreicher in US-Armee und Kriegsgeheimdienst im Zweiten Weltkrieg.

FLORIAN TRAUSSNIG

Florian Traussnig: Militärischer Widerstand von außen. Österreicher in US-Armee und Kriegsgeheimdienst im Zweiten Weltkrieg, böhlau-Verlag, Wien, 2016, ISBN 978-3-205-20086-4, 360 Seiten, € 39,99

Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen

Erst der Untertitel „Wie Antisemitismus die Zweite Republik mitbegründete“ verrät den zeitgeschichtlich brisanten Inhalt von Barbara Serloths Buch. Die Autorin zeichnet akribisch nach, welchen Einfluss der Antisemitismus auf die Konstruktion der Zweiten Republik hatte und wie verbreitet er unter den politischen Eliten war. Ihre These: Jüdinnen und Juden wurden von den antifaschistischen politischen Eliten nach der Befreiung vom Nationalsozialismus nicht als gleichwertiger Teil der Gemeinschaft angesehen. Und das obwohl nicht wenige SPÖ- und ÖVP-Politiker selbst Verfolgte des Nationalsozialismus gewesen waren. Anhand stenographischer Protokolle des Nationalrats deckt sie die widerwillige Restitution und die nicht erfolgte Einladung zur Rückkehr in die alte Heimat auf, begleitet von einer nur schleppenden Entnazifizierung. Rosa

Jochmann war eine der wenigen innerhalb der Politikerelite, die auf die notwendige Differenzierung zwischen jüdischen und nichtjüdischen Verfolgten des Nationalsozialismus aufmerksam machte. Auch gab es in der SPÖ, im Gegensatz zur ÖVP, innerparteiliche Differenzen was die rasche Entschuldung der minderbelasteten Nazi-Mitläufer 1948 betraf. Noch 1984 konstatierte der österreichische Arzt und Individualpsychologie Erwin Ringel „Der Antisemitismus ist ein Charakteristikum des Österreicher.“ Wer sich mit Antisemitismus in Österreich beschäftigt, kommt um Barbara Serloths Buch nicht herum. ■

Barbara Serloth, Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen. Wie Antisemitismus die Zweite Republik mitbegründete, mandelbaum Verlag, Wien, 2016, ISBN: 978385476-497-7, 302 Seiten, € 24,90



Aufstand in Auschwitz

Der Historiker Gideon Greif und der Journalist Itamar Levin haben für ihr Buch über viele Jahre mit Überlebenden gesprochen und Niederschriften ehemaliger Häftlinge ausgewertet. Wurden die Aufstände in Treblinka am 2. August 1943 und in Sobibor am 14. Oktober 1943 in eingehenden Beschreibungen gewürdigt, war das für Auschwitz-Birkenau bisher nicht der Fall. Wichtig ist festzuhalten, dass keiner der Männer auch nur einen einzigen Menschen umgebracht hat – die eigentlichen Mörder in Auschwitz-Birkenau waren immer und ohne Ausnahme Deutsche bzw. Österreicher. Mehr als eine Million Jüdinnen und

Juden wurden von den Nationalsozialisten im Lagerkomplex von Auschwitz ermordet.

Während des im Buch so weit wie möglich rekonstruierten zwölfstündigen Aufstands am 7. Oktober 1944 wurden drei SS-Männer und 452 Aufständische getötet. Doch wie ist es zu erklären, dass es überlebende Mitglieder und somit Zeugen gibt? Nach dem Aufstand und der Einstellung der Morde mit Zyklon B verblieben Anfang November noch 100 Häftlinge zur Leichenverbrennung. Zu ihrer Verwunderung und offensichtlich unbeabsichtigt wurden diese bei der Auflösung des La-

gers im Jänner 1945 nicht ermordet, denn ihnen gelang es, sich im Durcheinander der Evakuierung in die langen Reihen der Tausenden Häftlinge einzureihen, die auf Todesmarsch geschickt wurden oder mit Zügen weggebracht wurden. Höchstens 100 von 3.000 Männern, die dem Sonderkommando angehört hatten, haben überlebt. Lesenswert. ■

Gideon Greif, Itamar Levin: Aufstand in Auschwitz. Die Revolte des jüdischen „Sonderkommandos“ am 7. Oktober 1944, böhlau Verlag, Köln, 2015, ISBN: 978-3-412-22473-8, 389 Seiten, € 25,70

Das letzte Journal

„Das letzte Journal“ erzählt die Lebensgeschichte eines Mannes (Aumeier) und einer Frau (Terése), wobei drei historische Ereignisse miteinander verbunden werden. Im Herbst 2008 begegnet der Schriftsteller Aumeier nach 41 Jahren seiner Jugendliebe Terése wieder und zieht auf ihr schlossartiges Anwesen mit Orchideentreibhaus mitten in Wien, wo er beginnt sein Journal zu schreiben. Dem Leser erschließt sich die Vergangenheit der beiden ProtagonistInnen langsam in Gesprächen und durch Rückblicke. Es kommt zu überraschenden Enthüllungen. Das Buch bleibt bis zum Schluss spannend und in keiner Weise vorhersehbar.

Im Anwesen befindet sich eine große Bibliothek. Dort findet Aumeier Zugang zu diversen historischen Schilderungen, die in das Journal aufgenommen werden: Man liest vom ersten Pogrom gegen Prager Juden im Jahr 1369, Teile aus der Biografie von Jan Hus und von der menschenverachtenden Vertreibung der

deutschsprachigen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei („Prager Aufstand 1945“).

Der Roman ist von philosophischen Ansätzen durchzogen und zeigt Aumeier als Selbstzweifler, als Künstler und Aufzeiger. Desillusioniert von Politik, Gesellschaft und vom oberflächlichen Kulturbetrieb. Voller Hass gegen Falschheit und Verlogenheit. Aumeier und damit Goubbran schreibt sich mit scharfer Beobachtung und spitzer Feder den Ärger von der Seele.

Im Rahmen der Ausstellung „Vertriebene und Verbliebene erzählen. Tschechoslowakei 1937 – 1948“, die vom 09.02 – 10.04.2016 im Museum für Volkskunde in Wien zu sehen war, wurde das Buch vorgestellt. ■

Alfred Goubbran: Das letzte Journal, Braumüller Verlag, Wien, 2016, ISBN: 978-3-99200-133-0, 384 Seiten, € 21,90





Fredy Hirsch und die Kinder des Holocaust

In der Wiener Hauptbücherei am Gürtel wurde am 14. April die Biographie Fredy Hirschs (1916-1944) präsentiert. Von Peter Huemer moderiert, berichteten der Autor Dirk Kämper und unser Genosse Rudolf Gelbard über das kurze Leben dieses einzigartigen Menschen. Ein Bericht von Heimo Gruber.

In Aachen geboren, schloss sich Fredy Hirsch dem jüdischen Pfadfinderbund an. Sein sportliches Talent und ein außergewöhnliches Charisma befähigten ihn schon früh, für Jugendgruppen Verantwortung zu übernehmen. 1935 flüchtete er vor den Nazis in die Tschechoslowakei, wo er als linker Zionist im Makkabi Hatzair tätig war, Jugendlager organisierte und auf die rettende Auswanderung nach Palästina vorbereitete.

Später war Fredy Hirsch im Konzentrationslager Theresienstadt in der Leitung der Jugendfürsorge rastlos bemüht, den ihm anvertrauten Kindern Mut und Hoffnung zu geben. Und er sorgte dafür, dass sie mehr zu essen bekamen, dass sie inmitten des Infernos auch singen, zeichnen, spielen, turnen und vor allem lernen konnten. Er war

den Kindern Idol und Anlehnungsfigur, wodurch sie Selbstvertrauen tankten, sowie Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit erlebten.

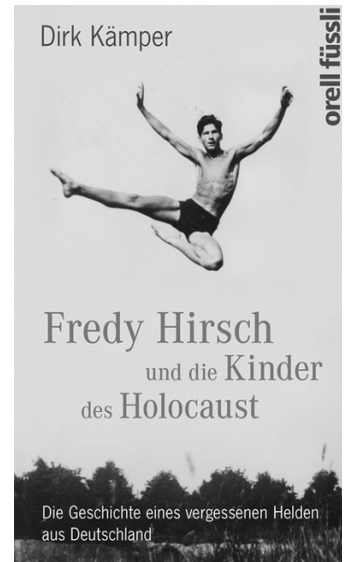
Rudi Gelbard, der mit seinen Eltern 1942 in das KZ Theresienstadt deportiert wurde, lernte als Insasse des dortigen Jugendblocks L 414 Fredy Hirsch kennen. Er erzählte, dass er sehr oft bei den Diskussionen der älteren Jugendbetreuer (darunter Hirsch) zuhören und dabei ungemein viel über jüdische Geschichte und Zionismus erfahren konnte. Ebenso erinnerte sich Rudi Gelbard dankbar an die Angebote zum Lernen, die nur unter Geheimhaltung möglich waren.

Im September 1943 wurde Fredy Hirsch gemeinsam mit einigen Tausend Menschen in das KZ Auschwitz-Birkenau transportiert.

Abermals gelang es ihm, als Teil des sogenannten Theresienstädter Familienlagers einen separaten Kinderblock einzurichten. Es mag vielleicht ein kleiner Trost sein zu wissen, dass Kindern noch das Talent gegeben ist, zwischendurch spielerisch in eine andere Realität eintauchen zu können. Aber es waren Kinder, die gewusst haben, was ihnen bevorsteht. Sie haben dieses Wissen in ihre Spiele und ihre Witze integriert und sie haben sich dabei eine Haltung und eine Tapferkeit bewahrt, die nie vergessen werden darf. Diese Kinder wurden in der Nacht vom 8. zum 9. März 1944 zusammen mit 3792 Menschen des Theresienstädter Septembertransportes in den Gaskammern ermordet.

Fredy Hirsch hätte die Möglichkeit gehabt, sein eigenes Leben zu retten. Er stand auf einer Liste von 40 bis 50 Personen, die aufgrund ihrer Funktionen von der Vernichtung ausgenommen werden sollten. Doch er wollte bis zuletzt seine Kinder nicht im

Stich lassen. Fredy Hirsch starb im Alter von 28 Jahren. ■



Dirk Kämper: Fredy Hirsch und die Kinder des Holocaust. Die Geschichte eines vergessenen Helden aus Deutschland, Orell Füssli Verlag, Zürich, 2015, ISBN: 978-3-280-05588-5, 255 Seiten, € 19,95

Nationalsozialismus in Oberösterreich

Als gebürtiger Oberösterreicher hat Claus Michl-Atzmüller diesen Band mit besonderem Interesse gelesen. Christian Angerer und Maria Ecker-Angerer bieten eine gut lesbare Erzählung, ergänzt mit über 40 Kurzbiografien, rund 280 Abbildungen und einem Sach- und Personenlexikon.

Das Werk ist wissenschaftlich fundiert, aber in gut lesbarer Sprache verfasst. Die Autoren wenden sich vor allem an ein junges und jugendliches Publikum, das Buch unterstützt Lehrer und Lehrerinnen bei der Gestaltung ihres Unterrichts. Doch das Buch ist auch für Erwachsene, die sich für die Geschichte ihrer Heimat interessieren, sehr gut geeignet.

Die Kapitel reichen von der Vorgeschichte des Nationalsozialismus bis zum Umgang mit dem Nationalsozialismus nach 1945 und dem Entstehen einer Erinnerungs- und Gedenkkultur in Oberösterreich. Besonderes Augenmerk legen die Autoren auf verfolgte Gruppen: der jüdischen Bevöl-

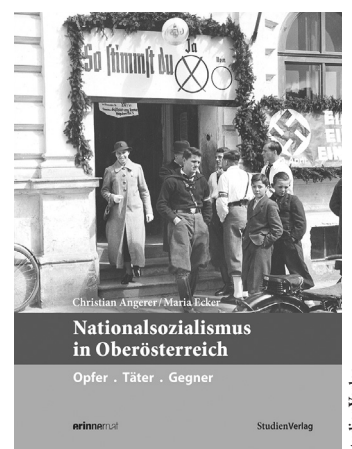
kerung, Roma und Sinti, speziell auch psychisch Kranken, Behinderten und Unangepassten, die in der Tötungsanstalt Hartheim bei Linz ermordet wurden. Ein ausführliches Kapitel wird dem Konzentrationslager Mauthausen und seinen Außenlagern gewidmet. Jedes Kapitel ist durch Fragestellungen gegliedert. Im Folgenden greife ich zwei Beispiele heraus: Kapitel: Oberösterreich 1918 – 1938; Fragestellungen: „Wie entsteht die Erste Republik Österreich?“, „Warum bekämpfen sich die politischen Lager?“, „Warum kommt es zum Aufstieg des Nationalsozialismus?“, „Wie endet die Demokratie in Österreich?“, „Was ist der Ständestaat?“ Kapitel: Widerstand; Fragestel-

lungen: „Aus welchen Gründen gibt es Widerstand gegen das NS-Regime?“, „Weshalb ist Widerstand im Nationalsozialismus schwierig?“, „Wer leistet in Oberösterreich Widerstand?“, „Wie hängen Widerstand und Kriegsende zusammen?“

Mit der Fragetechnik wird eine Erwartungshaltung, Antworten zu erhalten, erweckt, die in sehr guten Ausführungen erfüllt wird. Durch diese grundlegenden Fragen wird die Geschichte des Nationalsozialismus in Oberösterreich auf eine – wie ich finde – lockere und zugleich tiefgründige Art und Weise vermittelt.

Jedes Kapitel enthält am Ende Lebensgeschichten. So veranschaulichen 44 Kurzbiografien (und 280 Fotos), wie sich die Politik auf das Leben Einzelner ausgewirkt hat, wie und aus welchen Gründen sie gehandelt, gelitten oder auch Verbrechen begangen

haben. Eine Kurzbiografie behandelt Adolf Eichmann, über dem Sie in dieser Ausgabe noch einen ausführlichen Artikel finden. ■



Christian Angerer, Maria Ecker: Nationalsozialismus in Oberösterreich. Opfer. Täter. Gegner, StudienVerlag, 2016, ISBN: 978-3-7065-5212-7, 422 Seiten, € 24,90

Die extreme Rechte im Aufwind

Zwei jüngst erschienene Berichte zeichnen ein besorgniserregendes Bild. DÖW-Experte und Zeithistoriker Bernhard Weidinger hat den Inhalt vor dem Bundesvorstand am 1. Juni referiert und seine Analyse für unsere Zeitung zusammengefasst.

Der kürzlich präsentierte Verfassungsschutzbericht des Innenministeriums ergab einen Anstieg rechtsextremer Tathandlungen (d.h. solcher mit rassistischer/fremdenfeindlicher, antisemitischer oder islamfeindlicher Motivation) um 54 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Insofern diese Zahl auf Anzeigen und nicht auf Verurteilungen beruht, ist das Ausmaß des Anstiegs mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Außer Frage steht jedoch der generelle Trend, der über die letzten zehn Jahre (mit der einmaligen Ausnahme 2011) ununterbrochen nach oben zeigt. Diese Entwicklung verweist auf ein zu solchen Taten ermutigendes gesellschaftliches Umfeld – vom rechtsextremen Freundeskreis über einen zunehmend hasserfüllten politischen Diskurs bis hin zur Übernahme (und damit Legitimierung) von Rechtsaußenpositionen durch Parteien der Mitte.

Für die Aussagekraft der gestiegenen Anzeigenzahlen spricht auch die Verurteilungsstatistik. Auskunft über sie gibt ein gehaltvoller, jüngst von den Grünen vorgelegter Rechtsextremismusbericht, der sich als Reaktion auf die Einstellung (und seitherige Nicht-Wiederaufnahme) der jährlichen Rechtsextremismus-Lageberichte des Innenministeriums unter Schwarz-Blau versteht. Unter den darin ausgewiesenen offiziellen Zahlen sticht v. a. der enorme Anstieg im Bereich der Verhetzung ins Auge. Er ist zum Teil auf die Novellierung des entsprechenden Paragraphen zurückzuführen, die nicht zuletzt das Ziel verfolgte, die im Internet bzw. auf sozialen Medien um sich greifenden Hassreden juristisch verfolgbar zu machen.

Bei den TäterInnen selbst findet sich der für den Rechtsextremis-

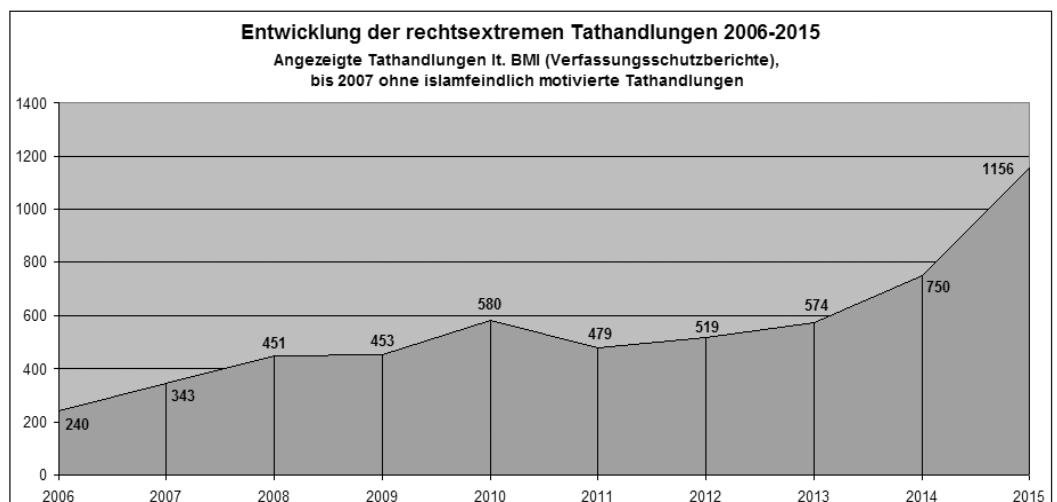
mus typische, klare Männerüberhang (2015: 86% in aufgeklärten Verhetzungsfällen, sogar 94% im Bereich des Verbotsgesetzes). Auch wurde nur jede zehnte aufgeklärte Tathandlung von Jugendlichen gesetzt, was die gängige Erzählung vom Rechtsextremismus als Problem marginalisierter Jugendlicher als populären Irrtum enttarnt. Auch ist mit dem Verfassungsschutzbericht festzuhalten, dass rechtsextreme Straftaten im Allgemeinen und Online-Verhetzung im Besonderen nicht auf eine bestimmte soziale Schicht beschränkt sind, sondern sich quer

aktivitäten sowie Bemühungen, sich über enge Szenebereiche hinaus im breiteren öffentlichen Diskurs zu etablieren, waren zu verzeichnen.

Die beiden letztgenannten Entwicklungen waren mitunter auf das Wirken der sogenannten Identitären Bewegung zurückzuführen. Es handelt sich dabei um eine neofaschistische Gruppierung, die es durch rhetorische Modernisierung alter Botschaften, Aktionismus, stilistische Anleihen bei Linken und eine umfassende Bereitschaft der Medien, ihren Aussagen und Inszenierungen Platz einzuräumen, zuletzt zu einiger Bekanntheit gebracht hat. Die Gruppierung organisiert aktuell einige hundert AktivistInnen – weit überwiegend junge Männer –, wobei

letztlich aber allesamt am eigenen Dilettantismus scheiterten, darunter PEGIDA Österreich oder die sogenannte Partei des Volkes. Auch Burschenschaften traten im Rahmen von Demonstrationen, u. a. in Spielfeld und Freilassing, verstärkt im öffentlichen Raum in Erscheinung. Nach wie vor verdankt ihre Relevanz sich so gut wie ausschließlich ihrer exzellenten Verankerung in der Freiheitlichen Partei Österreichs, die unter der Obmannschaft Straches noch vertieft werden konnte.

Die rechtsextreme Medienlandschaft verlagert sich zunehmend ins Internet, wo insbesondere das FPÖ-nahe Portal unzensuriert.at zu erwähnen ist. Im Printsektor bleiben die Zur Zeit der Familie Mölzer und die



Der aktuelle Verfassungsschutzbericht zeigt, dass Rechtsextremismus in allen Alters- und Gesellschaftsgruppen zugenommen hat. Ebenso gestiegen ist die Gewaltbereitschaft Rechtsextremer

durch die Gesellschaft ziehen. Ferner erwähnt der Verfassungsschutzbericht eine sich abzeichnende Verschärfung krimineller Aktivitäten im Kontext der Asylkontroversen: zunehmend seien über Verbaldelikte im Internet hinaus auch „Ausformungen der Hasskriminalität in Richtung unmittelbarer Gewalt gegen Menschen mit Migrationshintergrund“ sowie eine wachsende Gewaltbereitschaft der extremen Rechten gegenüber politischen GegnerInnen feststellbar. Auch zunehmende Mobilisierungsak-

die Steiermark und hier insbesondere die Landeshauptstadt Graz als Hochburg gelten können. Kaum etablieren konnten die „Identitären“ sich dagegen in Vorarlberg, wo dafür das traditionelle Neonazi-Skinheadmilieu Anzeichen eines Wiedererstarkens zeigt.

Im Kontext der Flucht- und Asylthematik entstanden im abgelaufenen Jahr auch andere Initiativen, die zum Teil den Sprung von der Internet-Neigungsgruppe auf die Straße versuchten,

verbindungsstudentische Aula zentrale Akteurinnen. Neu hinzugestoßen ist 2015 das in Linz erscheinende Info-DIREKT, ein Magazin in zeitgemäßer Aufmachung und mit auffallend prononciert pro-russischer (= anti-atlantischer) Ausrichtung. Generell hat die Begeisterung für das Russland Putins und das Orbánsche Ungarn inzwischen nahezu die gesamte extreme Rechte in Österreich erfasst. Insbesondere nach Ungarn werden zunehmend intensive Kontakte gepflegt. ■



„Training gegen Stammtischparolen reicht nicht“

Ende 2015 ist im Mandelbaum-Verlag das zweite Buch der Forschungsgruppe Ideologie und Politiken der Ungleichheit, „Rechtsextremismus – Band 2: Prävention und politische Bildung“, erschienen. Der Band schließt thematisch an den 2014 erschienenen FIPU-Erstling „Rechtsextremismus: Entwicklungen und Analysen“ an. Redakteur Maximilian Zirkowitsch hat mit Mitautorin Eva Grigori gesprochen.

DSK: Vor kurzem erschien der zweite Band der Reihe Rechts-
extremismus, die von der For-
schungsgruppe Ideologien und
Politiken der Ungleichheit her-
ausgegeben wird. Worum geht
es?

Eva Grigori: Der zweite Band
beschäftigt sich mehr mit For-
men der Prävention von und
politischer Bildung zu Rechts-
extremismus, während der erste
sich vornehmlich Begrifflich-
keiten und Strukturen in Öster-
reich gewidmet hat.

Das Buch wirft einen Blick
aufs pädagogische Feld, auf die
Schule, allgemein auf politische
Bildung in Erziehungszusammen-
hängen. Dabei geht es unter
anderem um Jugendarbeit.
Mein Thema ist allerdings die
Soziale Arbeit nach der Jugend.

**Wie beurteilen Sie den Stellen-
wert, den die Auseinanderset-
zung mit Rechtsextremismus in
der Pädagogik hat?**

Zu Österreich muss man fest-
halten, dass die Formen von
Prävention und politischer Bil-
dung zu Rechtsextremismus fast
ausnahmslos an Schulen statt-
finden. Da sollte es auch 600
vom Ministerium finanzierte
Workshops geben, welche mei-
nes Wissens nach nie stattge-
funden haben. An den Schulen
zeigt sich, dass die Initiativen
und Akzente die in Prävention
und Bildung gesetzt werden vor
allem in einer historischen Lo-
gik verhaftet sind. Was hier pas-

siert ist meist Holocaust Educa-
tion¹, die keineswegs unwichtig
ist. Allerdings ist es aufgrund
der Verbreitung rechtsextremer
Handlungen, Straftaten und Ein-
stellungsmuster damit bei wei-
tem nicht getan. In den letzten
Jahren bewegte sich die soge-
nannte Extremismusprävention
vor allem in Richtung Djiha-
dismus und Neosalafismus. Da
wurde durchaus Initiativen an
Schulen gesetzt. Dazu lässt sich
im Chor mit dem Verfassungss-
chutz sagen, dass es sich um
ein abnehmendes und ohnedies
marginale Phänomen handelt.

Aus dem Bereich der Kindergar-
tenpädagogik ist mir gar nichts
bekannt. Rechtsextremismus ist
hier völlig unbearbeitet. In der
Jugendarbeit gibt es zwar Ange-
bote, allerdings vor allem was
die Radikalisierung von musli-
mischen Jugendlichen betrifft.
Zur rechtsextremen Orientie-
rung Jugendlicher kenne ich
drei Projekte. Es könnten auch
mehr sein. Die Vernetzung ist
schlecht. Präventive Arbeit mit
Erwachsenen findet einfach
nicht statt. Es gibt zivilgesell-
schaftliche Initiativen wo poli-
tische Bildung und Prävention
Platz haben. Sie sind aber von
den professionellen Angeboten
abgeschieden.

**Wie grenzen Sie Djihadismus
und Neosalafismus vom Rechts-
extremismus ab? Sie verwenden
ja den Begriff von Holzer.**

In Österreich hat Rechtstex-
tismus nicht zwangsläufig mit



FH St. Pölten

**Eva Grigori, Germanistin und
Sozialarbeiterin, ist in der Ju-
gendarbeit tätig und ab Herbst
Dozentin für Soziale Arbeit an
der Fachhochschule St. Pölten.
Ihre Schwerpunkte sind Me-
thodik, Soziale Diagnostik und
Jugend**

einer undemokratischen Hal-
tung zu tun. Er ist durchaus
demokratiefähig. Davon unter-
scheiden sich Djihadismus und
Neosalafismus aufgrund ihres
religiösen Bezugsrahmens. Das
ist universalistischer als ein völ-
kischer Bezug. Faktengebun-
den muss man es auch quanti-
tativ abgrenzen. Natürlich gibt
es auch Gemeinsamkeiten, Bio-
logismus, Antisemitismus und
der Hang zu Verschwörungsthe-
orien etwa. Das scheint mir
beachtenswert und soll künftig
mehr in den Fokus genommen
werden. Auf einer praktischen
Ebene ist es gefährlich und ver-
harmlosend, zu sagen, wir hät-
ten mit beidem, Rechtsextremis-
mus und Djihadismus gleiche
Probleme.

**Sind rechtsextreme Handlungen
und Einstellungen einen Fall für
Pädagogik und Soziale Arbeit?**

Ja und nein. Ich meine, dass
sie nicht der Hauptgegenstand
Sozialer Arbeit sind, aber wo
SozialarbeiterInnen vernetzt,

sozialraumorientiert tätig sind,
haben sie die Möglichkeit de-
mokratiepolitisch zu arbeiten
und präventiv zu wirken, nicht
erst als Feuerwehr. Eine Kultur
des Miteinanders, eine demo-
kratische Gesprächskultur und
demokratisches Ausverhandeln
sind da zu unterstützen und
auf- bzw. auszubauen.

In Anbetracht dessen, wie ver-
breitet rechtsextreme Einstel-
lungsmuster, wenn auch in
unterschiedlicher Ausprägung,
in Österreich sind wäre es naiv
zu glauben, dass die Sozialar-
beit keinen rechtsextremen Ta-
ten und Erzählungen begegnet.
Das hat auch meine Forschung
angeleitet: Rechtsextremismus
wird als Jugendphänomen ver-
standen und die Jugend als
letzte Phase, in der pädago-
gisch eingegriffen werden darf.
Natürlich gibt es eine gewisse
Anfälligkeit in dieser Lebens-
phase. Allerdings zeigen Studien²,
dass rechtsextreme Einstel-
lungen sich ungefähr ab dem
35. Lebensjahr verfestigen und
zunehmen. Es ist höchst an der
Zeit auch auf die Erwachsenen
zu schauen! Wie reagieren So-
zialarbeiterInnen im Altersheim,
in der Wohnungslosenhilfe, im
Gefängnis, ... auf rechtsextreme
Aussagen und Selbsterklärungs-
muster? Dazu gibt es keine
wissenschaftliche Literatur. In
meinen Daten hat sich gezeigt,
dass alle PraktikerInnen geeint
waren in ihrer Lähmung. Sie er-
innern sich alle, wussten nicht,
was sie tun oder sagen sollten
und haben deswegen in der Re-
gel geschwiegen. Unterstützung
durch KollegInnen und Vorge-
setzten gab es ebenfalls nicht.
Meine zweite Frage war, was
Sozialarbeit aus der Jugend-
arbeit lernen kann, etwa Fall-
und Gesprächsführung, Sozial-
raumorientierung.

¹ Andreas Peham/Elke Rajal (2010): Erziehung Wozu? Holocaust und Rechtsextremismus in der Schule. In: DÖW (Hg.): Jahrbuch 2010, Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands. (In: www.doew.at/cms/download/c7gv5/peham_jb10.pdf)

² Andreas Zick/Beate Küpper/Andreas Hövermann (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Friedrich Ebert Stiftung. (In: www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=07905&ty=pdf)



Ein Argumentationstraining gegen Stammtischparolen reicht nicht, wenn man mit jemandem zusammenarbeitet, der sich und seine Lebenswelt rechtsextrem erklärt. Aus der Wiener Jugendarbeit kommt ein ganzheitliches Fallmodell, das sich bei rechten und rechtsextremen Jugendgruppen anwenden lässt.

Ab Herbst werden Sie mehr in Lehre und Forschung tätig sein. Welche Vorhaben nehmen Sie uns ihrer praktischen und Forschungsarbeit mit?

Ab Herbst wird es ein Forschungsprojekt dazu an der FH

St. Pölten geben. Dieses Semester hatte ich die Ehre die Lehrveranstaltung zu Gender und Diversity mit Michaela Moser zu leiten. Es ging sehr viel um Vorurteile und wie sich Rechte durch Vielfalt bedroht fühlen. Da reicht ein Argumentationstraining nicht.

Rechte als Zielgruppe sehe ich nicht, sondern Rechtsextremismus als Querschnittsmaterie die SozialarbeiterInnen überall begegnet. In den Köpfen existiert immer noch vielfach der Stiefelnazi, der erst als rechtsextrem gilt, wenn er „Heil Hitler!“ schreit, anstatt diese Einstellung als ein Bündel von Haltungen

zu begreifen, die unterschiedlich stark ausgeprägt sind. Das begegnet uns täglich, steckt in Äußerungen, Perspektiven, Strategien. Da braucht es, meine ich, Grundlagenarbeit, das zu erkennen.

Welchen politischen Auftrag leiten Sie aus Ihren Ergebnissen und den anderen Publikationen des 2. Bandes ab?

Es gibt zwar mittlerweile Beratungshotlines, aber in Österreich fehlen nach wie vor Beratungsangebote für Fachkräfte. In einigen deutschen Bundesländern werden MultiplikatorInnen wie SozialarbeiterInnen,

ErzieherInnen oder ReferentInnen am Sozialamt bewusst fortgebildet und eingesetzt. Deswegen sind österreichische Projekte immer noch auf die Kooperation mit Deutschland angewiesen. Da gibt es einfach eine Leerstelle bei uns. In mobilen, deutschen Fachstellen unterstützen Menschen BeraterInnen, Familien, KollegInnen. Dafür wird auch genügend Geld zur Verfügung gestellt. Was gänzlich fehlt ist Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt, lediglich allgemeine Opferberatung. Und was eindeutig fehlt ist Ausstiegshilfe. Und damit müsste man im Justizvollzug anfangen. ■

Zäune der Bürokratie (2/2)

Im zweiten Teil unserer Serie drucken wir den weiteren Verlauf des Erfahrungsberichtes einer Person ab, die einen jungen Flüchtling auf Behördenwegen begleitete. Der erste Teil erschien in der letzten Ausgabe 2015.

Während des gesamten Gesprächs wird ein Protokoll von der Referentin mitgeschrieben. Danach werden Amins (Name von der Redaktion geändert) Personalien abgefragt und mit den Dokumenten verglichen. Er weiß dies nicht und zeigt immer wieder auf die Dokumente. Die Dame wird ungeduldig und im Ton schärfer. Ich darf nicht eingreifen und weiß auch nicht, was ihm der Dolmetscher erklärt. Unerlaubterweise schalte ich mich doch ein und frage die Dame, woher er wissen soll, dass dies ein Vergleich der Daten ist. Niemand hat ihn darüber aufgeklärt. Die Referentin lächelt und meint nur, dass er sich ja bei diversen Stellen erkundigen hätte können.

Nach dem alle Daten verglichen wurden, wird Amin nach dem Ablauf seiner Flucht gefragt und die Gründe dafür. Er schildert die ganze Geschichte – der Dolmetscher übersetzt. Der Beamtin scheint das nicht zu genügen und sie fragt immer wieder das Gleiche nach. Diese bewusste Fragetechnik, um

jemanden in Widersprüche zu verwickeln, kenne ich bereits von anderen Ämtern. Die Folgen von dieser Reihe an Fragen war, dass Amin trotz Dolmetsch die Fragen nicht oder falsch verstanden hatte. Er beginnt die Geschichte noch einmal zu erzählen. Mitten im Erzählen unterbricht ihn die Beamtin und schreit: „STOP, STOP, STOP!“ und stellt ihm erzürnt erneut die gleiche Frage. Amin erschrickt. Auch ich weiß nicht, was die Dame hören möchte. Letztendlich notiert sie seine Aussagen und geht zur nächsten Frage. Mitten in der Einvernahme klingelt das Telefon des Dolmetschers. Nach einer Unterbrechung geht die Einvernahme weiter. Amin wird nach seinen politischen Tätigkeiten gefragt. Jedes Detail scheint für die Behörde wichtig zu sein, bis hin zum Namen seines Parteivorsitzenden und welche Aufgaben Amin innehatte. Im Laufe der gesamten Einvernahme geht mehrmals die Türe auf und das Interview wird unterbrochen. Es ist schwer, sich auf die Fragen der Referentin

zu konzentrieren – geschweige denn, zu verstehen, wie es sein muss, wenn dazwischen noch jemand dolmetscht.

Nach rund anderthalb Stunden wird das Protokoll ausgedruckt. Der Dolmetscher übersetzt noch einmal alle Fragen und Antworten. Eine Aussage wird von Amin beeinsprucht. Er gibt an, dies nicht gesagt zu haben. Die Polizistin meint dazu nur, dass es ihm gedolmetscht wurde und der Dolmetscher ein staatlich geprüfter und anerkannter Übersetzer sei. Außerdem sei es ihm ja zweimal übersetzt worden (Anm.: Zwischen diversen Störungen und Telefonaten). Der Satz bleibt am Ende im Protokoll stehen.

Ich frage nach, wie es nun weitergeht. Die Beamtin gibt an, dass sie dies nicht genau sagen könne. Es müsse erst alles vor Ort in Amins Land überprüft werden, ob seine Aussagen stimmten. Danach werde er zu einer weiteren Einvernahme geladen. Dies könne zwischen zwei und neun Monaten dauern.

Amin und ich gehen aus dem Gebäude und besprechen die Situation nach. Die Angst steht ihm deutlich ins Gesicht ge-

schrieben. Er fürchtet, dass die unrichtigen Aussagen im Protokoll nun schlechte Auswirkungen auf sein Verfahren haben könnten. Ich rede ihm gut zu und versuche ihn zu beruhigen. Mittlerweile haben wir eine Stellungnahme abgeschickt, in der wir unsere Eindrücke schildern und vor allem das Protokoll richtigstellen.

Es war, wie gesagt, das erste Mal für mich, zu sehen, was AsylwerberInnen dort erleben. Ich bin von den Behörden enttäuscht. Ich bin wütend und schäme mich eigentlich ein wenig. Ich verstehe, dass alle Daten von Menschen die zu uns kommen überprüft werden müssen. Aber muss man Menschen die vor dem Tod fliehen so behandeln und solche Strategien anwenden? Wo bleibt die Menschlichkeit? Bürokratie zählt mehr als Menschlichkeit? Gerade aus solchen Situationen werden Antifaschismus und die internationale Solidarität immer wichtiger. Viele BürgerInnen, die seit Wochen freiwillige Arbeit an den Bahnhöfen leisten, anderen Anlaufstellen und in wohltätigen Organisationen helfen, haben das bereits längst erkannt. Ich frage mich, wann die Politik das erkennt. ■



„Die erste offene Schlacht gegen den internationalen Faschismus“

Im Zuge unserer vierteiligen Serie setzen wir anlässlich des 80. Jahrestages des Ausbruchs des Spanischen BürgerInnenkrieges einen Schwerpunkt zum Thema. Im zweiten Teil befasst sich Genosse Marcus Strohmeier mit faschistischen Allianzen und der schwierigen Lage der RepublikanerInnen.

Zurecht beschrieb Willy Brandt den Spanischen Bürgerkrieg als internationalen Konflikt. Als Journalist für skandinavische Zeitungen berichtete er 1936 und 1937 von der Front in Aragon: „Wir als deutsche revolutionäre Sozialisten können heute wenig tun. Wir versprechen aber den spanischen Genossen, dass wir den illegalen Kampf gegen das Hitlerregime, den Schlächtern spanischer Arbeiter, Frauen und Kinder, verstärkt fortsetzen werden...“.

Als die faschistischen Generäle Emilio Mola und Francisco Franco am 17. Juli 1936 ihren Putsch durchführten, rechneten sie mit nur geringer Gegenwehr ausschließlich von linksextremer Seite. Stattdessen stießen sie jedoch auf eine breite demokratische Front von Linksrepublikanern, Sozialisten, Kommunisten, Anarchisten und den nach Autonomie strebenden Völkern der Basken und Katalanen. Der erhoffte Erfolg der Rechten in den Ballungszentren, vor allem in Madrid und Barcelona, blieb aus, ein Generalstreik verhinderte die Versorgung wie auch Verlegung von Truppenteilen. Trotz des raschen Zerfalls der republikanischen Armee kontrollierten die Putschisten nur den kleineren Teil Spaniens. Der Norden, Süden und Katalonien blieben in der Hand der Republikaner und mussten nun von freiwilligen Milizen verteidigt werden.

Erst die offene Intervention von Seiten Nazi-Deutschlands im Juli 1936 konnte die Situation der Faschisten stabilisieren. Durch den Einsatz von Görings Luftwaffe wurden große Truppenkontingente aus Nordafri-

ka nach Spanien verlegt. Beim Nürnberger Prozess bezeichnete der einstige Reichsluftfahrtminister den Bürgerkrieg ganz offen als „Generalprobe für den Zweiten Weltkrieg“.

Wider dem faschistischen Terror

Aber nicht nur Deutschland wurde auf Seiten der Aggressoren aktiv, auch das faschistische Italien leistete immense Unterstützung. Zehntausende faschistische Milizionäre wie auch reguläre italienische Truppen nahmen an den Kämpfen gegen die bedrängte Republik teil. Dieser massiven ausländischen Intervention hatte die Madrider Regierung zunächst kaum etwas entgegen zu setzen. Demokratische Länder wie Großbritannien und selbst das von einer linken Volksfront regierte Frankreich verhielten sich neutral. Einzig die Sowjetunion belieferte zögerlich die neu aufgebaute republikanische Armee.

Bereits das erste Kriegsjahr war von ungeheuerlicher Brutalität geprägt. General Mola forderte: „Der Terror muss ausgeweitet werden, ein Eindruck von Herrschaft muss erzeugt werden, indem wir ohne Skrupel alle eliminieren, die nicht so denken wie wir“. Hinter den Frontlinien terrorisierten die Faschisten in allen von ihnen kontrollierten Gebieten die demokratisch gesinnten Kräfte. Tausende Gewerkschafter und Funktionäre, die republikanischen Parteien zugehörig waren, wurden brutal hingerichtet.

Gestärkt durch die internationale faschistische Hilfe begann Franco gegen Ende des Jahres mit einem frontalen Angriff auf die Hauptstadt Spaniens. Trotz

anfänglicher Erfolge und der Einnahme von Madrider Vororten, gelang es den Republikanern den Ansturm abzuwehren. Madrid hatte standgehalten: „No



V.l.n.r.: Die Wiener Spanienkämpfer Rudolf Prikryl, Karl Bauer, Ferdinand Hackl reisten aus Österreich nach Spanien. Sie kämpften ab 1937 aufseiten der Spanischen Republik (Aufnahme: Benissa, Dezember 1937).

Passaran!“ – sie werden nicht durchkommen! schallte es hunderttausendfach durch die Straßen der Millionenmetropole. Neben den spanischen Kämpferinnen und Kämpfern waren es zum ersten Mal auch die Angehörigen der Internationalen Brigaden, die diesen großen Erfolg ermöglicht hatten. Aus über 60 Ländern kamen Antifaschisten, um die Spanische Republik zu unterstützen. Unter den fast 60.000 Kämpfern fanden sich auch über 1.400 Freiwillige aus Österreich. Damit stellte das seit 1934 unter der Herrschaft der Austrofaschisten stehende Land, gemessen an seiner Bevölkerungszahl, das größte Kontingent in den Interbrigaden.

Fanal Guernica

Nachdem Francos Truppen Madrid nicht einnehmen konnten, beschlossen die faschistischen Generäle mittels Luftschlägen die Abwehrbereitschaft der Republikaner zu zermürben. Auch hier war man auf deutsche Hilfe angewiesen und es waren die Flugzeuge der Legion Condor, die am 26. April 1937 die baskische Stadt Guernica in Schutt und Asche legten. Nach diesem

Angriff waren mehr als 80 % der kleinen Stadt zerstört, mehrere hunderte Tote blieben in den Ruinen von Gernika, wie der Ort auf baskisch heißt, zurück. Jene die das Massaker überlebten wurden zwei Tage später, beim Einmarsch der faschistischen Truppen, ein weiteres Mal zu Opfern, wieder wurden Einwohner der geschändeten Stadt umgebracht.

Mit dem Vormarsch der Faschisten drängten Sozialisten und Kommunisten auf eine Professionalisierung der republikanischen Streitkräfte. Anstelle von hunderten Milizen sollte ein gemeinsames, einheitlich geführtes Volksheer entstehen. Nachdem sich aber viele, vor allem anarchistische Gruppen, weigerten sich aufzulösen, eskalierte im Mai 1937 die Situation in Barcelona. Dabei kam es zu blutigen Kämpfen von Anarchisten und Trotzisten (CNT und POUM) gegen Soldaten, die unter dem Kommando der Kommunistischen Partei (PCE) standen. Zwar gelang es relativ rasch, die Kampfhandlungen wieder einzustellen, das Misstrauen im Lager der Republikaner wurde dennoch größer. Als Folge der Zusammenstöße wurde eine neue Regierung unter dem Sozialisten Juan Negrin, der sich zur engen Kooperation mit den Kommunisten bekannte, angelobt.

Die verratene Republik

Trotz einer neuen, militärisch weitaus konsequenteren, republikanischen Regierung war das Jahr 1937 durch zahlreiche Misserfolge geprägt. Neben dem Baskenland geriet fast der gesamte Norden Spaniens unter die Kontrolle der Faschisten. In einer großen Offensive im Dezember 1937 an der Teruel-Front gelang es der republikanischen Armee zwar einige Gebiete zurückzuerobern, allerdings gingen diese Landesteile im Frühjahr 1938 wieder



verloren. Dies führte zu einer neuerlichen Regierungskrise bei den Republikanern und zwang Premier Negrin dazu, selbst das Kriegsministerium zu übernehmen. Im April 1938 kam es zu weiteren siegreichen Vorstößen der Faschisten und es gelang ihnen, die Republik in zwei Teile zu spalten.

Noch verzweifelter wurde die

Lage der Republikaner nach dem Münchner Abkommen im September 1938, bei dem das demokratische Lager aus Großbritannien und Frankreich vor Hitler und Mussolini kapitulierten. In Folge der Abmachung mussten auch die Internationalen Brigaden abrüsten und die Sowjetunion setzte monatelang ihre Waffenlieferungen aus. Es war daher kaum überraschend,

dass im Jänner 1939 Katalonien von den Faschisten eingenommen werden konnte. Als Frankreich und Großbritannien im Februar auch noch Francos Kabinett als einzige Spanische Regierung anerkannten, erschien die Lage der Republik völlig hoffnungslos. Zusätzlich versuchten extreme Linke Kräfte durch einen Putsch die Regierung Negrin abzulösen.

Dieser blutige Aufstand im März 1939 schlug zwar fehl, ermöglichte aber Francos Truppen die schnelle Einnahme der letzten republikanischen Verteidigungsstellungen. Am 1. April 1939 verkündeten die Faschisten die Eroberung des gesamten spanischen Territoriums und den Beginn einer Diktatur, die bis zum Jahr 1975 andauern sollte. ■

Fußball im Nationalsozialismus

Sport ist ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft. Auch wenn er heute oft als unpolitisch wahrgenommen wird ist der doch ein Spiegelbild der Gesellschaft. Eine besondere Bedeutung bekommt dabei Fußball als der weltweit populärste Sport. Laurin Rosenberg, Mitarbeiter des Rapideums, dem Vereinsmuseum des SK Rapid, wirft für den „Kämpfer“ anlässlich der Fußball-EM einen Blick auf den Wiener Fußball im Nationalsozialismus.

Als der SK Rapid zum 110. Geburtstag 2009 den FC Schalke 04 zu einem Freundschaftsspiel einlädt fühlen sich viele an das prominenteste Duell der beiden Arbeitervereine erinnert. Am 22. Juni 1941 wird im Berliner Olympiastadion das Finale um die deutsche Meisterschaft ausgetragen. Rapid schafft das unmögliche, holt einen 0:3 Rückstand auf und gewinnt 4:3. Zum Helden des Spiels wird der Stürmerstar Franz Binder, der drei der vier Rapid-Tore schießt. Mit diesem Sieg bleibt Rapid bis heute der einzige Verein der deutscher Meister war, ohne auf dem heutigen Gebiet Deutschlands zu liegen. Bereits 1938/39 konnte Rapid den „Tschammer-Pokal“, den Vorläufer des DFB-Pokals, gewinnen. 1943 gelang dies auch der Vienna. Durch das Datum des Finalspiels um die Meisterschaft bekommt es eine besondere symbolische Bedeutung, es ist der Tag des Überfalls Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion.

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs wurde dieses Spiel immer wieder auf unterschiedlichste Art und Weise gedeutet und es entstanden viele Mythen. Ein besonders beliebt

ter Mythos war es, das Spiel zum Akt des österreichischen Widerstands zu stilisieren. So sollen etwa besonders viele Rapid-Spieler eingezogen und an die Front geschickt worden sein um diese zu bestrafen. Ein Mythos der allerdings einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht standhielt. Ein Grund für die variable Interpretation des deutschen Titels war vor allem die lange fehlende (wissenschaftliche) Aufarbeitung in Verbindung mit der lange vorherrschenden Opferthese. Nachdem Rapid als Reaktion auf das Freundschaftsspiel gegen Schalke für die fehlende Aufarbeitung und den Umgang mit der eigenen Geschichte in Form eines offenen Briefs kritisiert wurde, gab der damalige Rapid-Präsident Rudolf Edlinger eine Studie in Auftrag die genau das nachhaken sollte.

2011 wurde diese Studie schließlich in Kooperation mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands in Buchform mit dem Titel „Grün-Weiß unterm Hakenkreuz“ vorgelegt. Diese Studie war die erste die sich mit der Geschichte eines österreichischen Bundesligaklubs im Nationalsozialismus be-

schäftigt und hatte eine starke Vorreiterrolle.

Für Rapid ergab sich ein äußerst differenziertes Bild. Im Umfeld des SK Rapid gab es Täter, Opfer, Profiteure und Mitläufer. Auf der einen Seite steht eine rasche Anpassung an das nationalsozialistische Regime. Das Präsidium wurde umgebaut, die Hälfte der Rapid-Funktionäre von 1938 bis 1945 war NSDAP-Mitglied, oder strebte die Mitgliedschaft an. Dies war ein sehr hoher Wert. Aus den Reihen der Spieler kam auch ein Kriegsverbrecher: Fritz Durlach. Er war als Wehrmachtsangehöriger an Folterungen in Wien beteiligt und 1948 zu einem Jahr schweren Kerkers verurteilt. Allerdings war kein aktiver Rapid-Spieler Mitglied der NSDAP.

Auf der anderen Seite stehen auch Opfer des Nationalsozialismus. Vor 1938 hatte der SK Rapid einige jüdische Funktionäre und Spieler die später vertrieben oder getötet wurden. Einer von ihnen war Wilhelm Goldschmidt, der als Namensgeber Rapids gilt. Goldschmidt wurde im Juni 1942 nach Izbica deportiert und kehrte nicht mehr zurück. Das Ghetto Izbica war ein so genanntes Durchgangsghetto zu den Vernichtungslagern Belzec und Sobibor.

Der Pionierarbeit Rapids folgte eine Konferenz im mittlerweile abgerissenen Gerhard Hanappi Stadion die sich generell mit

Fußball in der „Ostmark“ beschäftigte. Die Ergebnisse der Konferenz wurden wiederum 2014 im Sammelband „Fußball unterm Hakenkreuz in der „Ostmark““ veröffentlicht. Im 351 Seiten starken Band werden die verschiedensten Themenfelder abgesteckt. Vereine, Institutionen und wichtige Aspekte besprochen. Ein wesentlicher Satz steckt aber schon in der Einleitung: „Sie [die Beiträge, Anm. L.R.] können weiterreichende Studien nicht ersetzen, liefern aber einen profunden Überblick darüber, welche Aspekte eines weiteren kritischen Blicks bedürfen, und zeigen so auch, dass die Forschung zum Nationalsozialismus selbst 69 Jahre nach der Befreiung noch immer viele weiße Flecken ausleuchten muss.“ Weitere Studien zu Verbänden, Vereinen, Spielern, usw. sollten also angestrebt werden.

Ein positives Beispiel für die stärkere Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und Fußball auf jeden Fall gebracht. Das Rapideum setzt in seinem Konzept auf Interaktivität und greift dafür in erster Linie auf Vitruv zurück die in Laden „versteckt“ sind. BesucherInnen müssen die Laden selbst öffnen und schließen um sich mit dem jeweiligen Thema zu beschäftigen. Die Lade die sich mit dem Nationalsozialismus beschäftigt ist allerdings die einzige die sich nicht schließen lässt. Auf ihr stehen nur zwei Worte: „Niemals vergessen!“ ■



KZ-Gedenkstätte Mauthausen wird Bundesanstalt

Ab 1. Jänner 2017 soll die derzeit in der Verantwortung des Innenministeriums stehende „KZ-Gedenkstätte Mauthausen“ in eine Bundesanstalt „KZ-Gedenkstätte Mauthausen/Mauthausen Memorial“ überführt werden. Umgesetzt wird dies mit einem Gedenkstättengesetz (GStG), das Innenminister

Wolfgang Sobotka am 24. Mai 2016 der Regierung im Ministerrat vorgelegt hat.

Willi Mernyi, Vorsitzender des Mauthausen Komitees, sieht in der Ausgliederung Vorteile. „Ich habe nie verstanden, warum die Gedenkstätte direkt im Innenministerium ange-

siedelt war“, sagt Mernyi. Die organisatorische und pädagogische Verantwortung gehöre dringend aus den Fesseln der Ministeriumsbürokratie befreit, die politische müsse aber beim Innenminister und der Regierung bleiben. Das Mauthausen Komitee wird im Kuratorium vertreten sein. „Bisher konnten

wir nur kritisieren, künftig entscheiden wir mit.“ Mernyi will u. a. umsetzen, dass es zu Zeiten, in denen die Besucherfrequenz hoch ist, keine Schließtage in der KZ-Gedenkstätte gibt: „Schulklassen sollen nicht mehr vor verschlossenen Türen stehen.“

Öffnungszeiten

01.03. - 31.10.: Montag bis Sonntag: 09:00 bis 17:30 Uhr (Einlass bis 16:45 Uhr)

01.11. - 29.02.: Dienstag bis Sonntag: 09:00 bis 15:45 Uhr (Einlass bis 15:00 Uhr), Montag geschlossen

24.12. - 26.12, 31.12 und 01.01. geschlossen.

Stichwahl wird wiederholt

Der Präsident des Verfassungsgerichtshofs (VfGH) Gerhart Holzinger hat am 1. Juli das Erkenntnis des VfGH zur Bundespräsidenten-Stichwahl verkündet: Die Stichwahl muss bundesweit wiederholt werden. „Wahlen sind das Fundament unserer Demokratie. Es ist die vornehmste Pflicht des VfGH, dieses Fundament funktionstüchtig zu halten.“ In diesem Zusammenhang muss hervorgehoben werden, dass die Aufhebung der Wahl nicht in Manipulation, sondern in Formfehlern in der Abwicklung des Wahlvorgangs begründet ist. Bundeskanzler Kern rief dazu auf, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen, denn „die Partizipation der BürgerInnen ist das Grundlelement der Demokratie“.

BP-Wahlen seit 1980

1980 (nur ein Wahlgang): Norbert Burger NDP 140.741 3,2%. Rudolf Kirchschräger (2. Amtszeit) SPVP 79,9%, Wilfried Gredler FPÖ 16,9%.

1986 (erster Wahlgang): Otto Scrinzi FPÖ 55.724 1,2%. Kurt Waldheim ÖVP 49,6%, Kurt Steyrer SPÖ 43,7%, Freda Meissner-Blau GR 5,5%.

2010 (nur ein Wahlgang): Barbara Rosenkranz FPÖ 481.923, 15,24%. Heinz Fischer (2. Amtszeit) unabh. 79,3%, Rudolf Gehring CPÖ 5,4%.

2016 (Stichwahl): Norbert Hofer FPÖ 2.223.458 49,7%. Alexander Van der Bellen 2.254.484 50,3% (aufgehoben vom VfGH, Anmerkung der Redaktion)

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Werner Anzenberger, Klaus Bergmaier, Heimo Gruber, Marina Hanke, Martin Krist, Edith Krisch, Claus Michl-Atzmüller, Gerald Netzl, Alexander Neunherz, Martin Oppenauer, Laurin Rosenberg, Henri Schreiber, Barbara Serloth, Marcus Strohmeier, Bernhard Weidinger, Maximilian Zirkowitsch.

Grafische Gestaltung: Wien Work - Digital Media

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17. Juni 2016

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 9. September 2016

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoc.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at.

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer

Hersteller: Wien Work - Digital Media

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M